



03. Stadtratsprotokoll / 03^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 23. Februar 2017, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 23 février 2017 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg
Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Arnold Niels, Augsburgener-Brom Dana, Baltzer Niklaus, Beriger Michelle, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Bundeli Sandro, Cadetg Leonhard, Clauss Susanne, Dillier Adrian, Diop Mamadou, Fischer Pascal, Francescutto Luca, Frank Lena, Freuler Fritz, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Güdel Martin, Gugger Reto, Güntensperger Nathan, Gurtner Roland, Gurtner-Oesch Sandra, Hamdaoui Mohamed, Haueter Joël, Jean-Quartier Caroline, Kaufmann Stefan, Koller Levin, Kugathas Sakitha, Külling Urs, Leuenberger Bernhard, Löffel Christian, Meyer Miro, Molina Franziska, Moser Peter, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pittet Natasha, Rebetez Maurice, Rindlisbacher Hugo, Roth Myriam, Scherrer Martin, Scheuss Urs, Schmid Judith, Schneider Sandra, Schor Alfred, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Wächter Olivier, Wendling Cécile, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Wiher Max

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Bösch Andreas, Känzig Urs, Tennenbaum Ruth

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich
Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

| Behandelte Geschäfte / Affaires traitées | Seite/Page |
|--|-------------------|
| 24. 20160015 Erheblich erklärte Motionen und Postulate – Zweijahresfrist / Fristverlängerungen bzw. Abschreibungen gemäss Art. 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates: (Fortsetzung) | 77 |
| • Direktion Soziales und Sicherheit | 77 |
| ○ Postulat 20140273 "Bieler Finanzen durch fairen Soziallastenausgleich entlasten" | 77 |
| ○ Dringliches Postulat 20140325, "Für eine zeitgemässe Organisation der Sozialbehörde" | 79 |
| • Direktion Bildung, Kultur und Sport..... | 80 |
| • Direktion Bau, Energie und Umwelt..... | 81 |
| ○ Dringliches Postulat 20040601, "Sanierung des Pförtnerhauses und der öffentlichen Toilette des Stadtparks" | 81 |
| ○ Postulat 20100083, "Tempo-30 im Zukunftsquartier" | 82 |
| 25. Dringliche Motion 20160306, Adrian Dillier, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, "Bunte Farben der Freiheit" | 83 |
| 26. Dringliche überparteiliche Motion 20160307, Caroline Jean-Quartier und Martin Wiederkehr, Fraktion SP, Fritz Freuler, Fraktion Grüne, Ruth Tennenbaum, Passerelle, "Ein geeignetes und transparentes Einbürgerungsverfahren und ein Einbürgerungsprozess, der innerhalb einer Rahmenfrist von maximal 18 Monaten abgeschlossen wird" | 87 |
| • Ordnungsantrag..... | 94 |
| 27. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation Susanne Clauss und Anna Tanner, Fraktion SP, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, "Teilrevision Sozialhilfegesetz, ausgesetzte Vernehmlassung durch RR Schnegg und die Folgen für die Gemeinde Biel" | 95 |
| 28. Begründung der Dringlichkeit des Postulats Judith Schmid, PdA, "Biel soll sich dem europaweiten Netzwerk von Zufluchtsstädten anschliessen" | 95 |
| 29. Postulat 20160235, Lena Frank, Fraktion Grüne, Anna Tanner, Fraktion SP, "Bieler Bürgerinnen und Bürger zu Schweizerinnen und Schweizer machen" .. | 96 |
| 30. Dringliches überparteiliches Postulat 20160305, Fritz Freuler, Fraktion Grüne, Alfred Steinmann, Fraktion SP, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Nathan Güntensperger, GLP und Pascal Bord, PRR, "Gemeinsam gegen die ruinöse Unternehmenssteuerreform (USR) III – für den Erhalt des Service public und der Bieler Gemeindeautonomie" | 101 |
| • Ordnungsantrag..... | 102 |
| 31. Dringliche Interpellation 20160309, Mohamed Hamdaoui, PSR, "Parkplätze: genauere Angaben nötig" | 103 |
| 32. Dringliche Interpellation 20160308, Peter Bohnenblust, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, "Reglement gesunde Ernährung: Offene Fragen zu Umsetzung und Transparenz" | 104 |
| 33. Motion 20160210, Daniel Suter, Fraktion FDP/PRR/ EVP/EDU, "Referendum auf Beschluss des Stadtrats" | 106 |
| 34. Überparteiliches Postulat 20160212, Lena Frank, Grüne, Anna Tanner, SP, "Städte setzen ein solidarisches Zeichen – Direktaufnahme von Geflüchteten jetzt" | 107 |
| 35. Postulat 20160236, Lena Frank, Fraktion Grüne, "Öffentliche Velopumpen und Ladestationen für Elektrovelos" | 110 |

| | | |
|-----|--|-----|
| 36. | Postulat 20160237, Dennis Briechle, Fraktion GLP, "Farbe in die Stadt – auch dauerhaft!" | 114 |
| 37. | Überparteiliche Interpellation 20160238, Urs Scheuss, Grüne, Dana Augsburg-Brom, SP, Max Wiher, GLP, Ruth Tennenbaum, Passerelle, "AGGLOlac: Wer zahlt die Folgen zu vieler Parkplätze?" | 117 |
| 38. | Überparteiliche Interpellation 20160278, Reto Gugger, BDP, Nathan Güntensperger, GLP, "Staatskundeunterricht an den Schulen" | 120 |
| 39. | Neueingänge..... | 122 |

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident: Ich begrüsse Sie zur dritten Stadtratssitzung in diesem Jahr. Wir fahren weiter mit dem Geschäft 20160015 Erheblich erklärte Motionen und Postulate – Zweijahresfrist / Fristverlängerungen bzw. Abschreibungen gemäss Art. 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates und kommen zur Direktion Soziales und Sicherheit. Entgegen dem gestrigen Vorgehen schlage ich vor, innerhalb der Direktionen jeden Vorstoss separat zu behandeln und abschliessend über die ganze Direktion abzustimmen.

24. 20160015 Erheblich erklärte Motionen und Postulate – Zweijahresfrist / Fristverlängerungen bzw. Abschreibungen gemäss Art. 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Fortsetzung)

Direktion Soziales und Sicherheit

1. Postulat 20140157 Joël Haueter / Fristverlängerung
2. Postulat 20140273 Fritz Freuler / Abschreibung
3. Dringliches Postulat 20140325 Ruth Tennenbaum / Fristverlängerung
4. Dringliches Postulat 20140331 Pascal Bord / Fristverlängerung

Postulat 20140273 "Bieler Finanzen durch fairen Soziallastenausgleich entlasten"

Strobel Salome, GPK: Punkt 3 dieses Postulats wurde erheblich erklärt und verlangt vom Gemeinderat einen ausführlichen Bericht. Das Argument des Gemeinderates, dass ein Bericht wenig zielführend sei und darauf verzichtet werden sollte, widerspricht dem Stadtratsentscheid. **Die GPK beantragt deshalb, die Frist bis Februar 2018 zu verlängern.**

Scheuss Urs, Fraktion Grüne: Die Fraktion Grüne beantragt, die Frist zur Erfüllung dieses Postulats um zwei Jahre bis Februar 2019 zu verlängern, denn das Postulat ist nicht nur bezüglich Punkt 3 nicht erfüllt. Das geht auch aus den gemeinderätlichen Erläuterungen für eine Abschreibung hervor. Was hält der Gemeinderat beispielsweise von der schweizweiten Verbindlichkeit der SKOS-Richtlinien oder der vorläufigen Beibehaltung und Weiterentwicklung des Soziallastenausgleichs? Der Hinweis, wonach im Rahmen der "Sozialpolitischen Perspektive 2020" verankert werden soll, dass der Gemeinderat die Interessen der Stadt Biel mit Nachdruck nach aussen vertritt, ist eine Absichtserklärung. Zu Punkt 3 will der Gemeinderat gar einen stadträtlichen Auftrag verweigern, was inakzeptabel ist! In diesem Zusammenhang hat die Fraktion Grüne noch eine Frage: Im Bieler Tagblatt vom 23. Januar 2017 äusserte sich Gemeinderat Feuerer zur Revision des kantonalen Sozialhilfegesetzes (BSG 860.1), die Herr Regierungsrat Schnegg ohne Vernehmlassung durchführen möchte. Gemäss Bieler Tagblatt begrüsst Herr Feuerer die vorgesehene Kürzung des Grundbedarfs. Zusammen mit der Senkung der Mietzinslimiten, die Herr Feuerer letztes Jahr eigenmächtig vorgenommen hat, wird die Situation für arme Menschen damit weiter verschlechtert. Vertrat Herr Feuerer im Bieler Tagblatt die Haltung des Gesamtgemeinderates?

Freuler Fritz, Grüne: Inhaltlich möchte ich nicht weiter auf den Bericht des Gemeinderates eingehen. Selbstverständlich bin aber auch ich, nur schon aus formalen Gründen, gegen eine Abschreibung dieses Postulats. Dieses Postulat wurde von mehr als 20 Stadtratsmitgliedern unterzeichnet. Wir stehen am Anfang einer neuen Legislatur. Trotzdem wurde es offenbar nicht als nötig erachtet, den neuen Mitgliedern das Postulat zuzustellen. Darum unterstütze ich den Antrag, das Postulat um zwei Jahre zu verlängern.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Aufgabe der Bieler Exekutive ist, für Bieler Belange einzustehen. Die Gemeinderatsmitglieder werden von der Bieler Bevölkerung gewählt. Jetzt kann man selbstverständlich die Meinung vertreten, dass der Bieler Gemeinderat auf kantonaler und nationaler Ebene Lobbyarbeit betreiben soll. Das ist zusammenfassend das, was in diesem Postulat vom Gemeinderat verlangt wird. Der Bieler Gemeinderat findet allerdings nicht, dass dies eine prioritäre Aufgabe der Bieler Exekutive sein soll. Lobbyarbeit ist nur in ganz bestimmten, sorgfältig abzuwägenden Fällen sinnvoll. Der Gemeinderat hat gestern einen solchen Fall diskutiert, in welchem es um die Unternehmenssteuerreform III (USR III) ging. Das ist ein solcher Ausnahmefall, in welchem sich ein Gemeinderatsmitglied aus eigener Überzeugung, aber auch mit der Unterstützung des Gesamtgemeinderates, auf kantonaler und nationaler Ebene für ein Thema einsetzt. In einem anderen Fall ging es um eine Motion, die im Grossrat eingereicht wurde und verlangte, dass künftig im Finanz- und Lastenausgleich ein Selbstbehalt von 20% für die Sozialhilfe vorgesehen werden soll. Wäre diese Motion umgesetzt worden, wären die negativen finanziellen Folgen für Biel etwa gleich gross gewesen wie bei einer Annahme der USR III. Je nach Berechnungsweise wurde von Kosten zwischen CHF 14 und 17 Mio. ausgegangen. Auch in diesem Fall setzte sich der Gemeinderat mittels verschiedenster Kontakte auf kantonaler Ebene dafür ein, dass die Motion nicht erheblich erklärt wurde. Bei solchen Themen ist Lobbyarbeit der Bieler Exekutive sinnvoll. Es würde aber zu weit gehen und wäre nicht zielführend, den Gemeinderat ganz generell aufzufordern, Lobbyarbeit zu betreiben, wie es das vorliegende Postulat fordert. Gleiches trifft für Punkt 3 des Vorstosses zu. Der Gemeinderat hat das Ansinnen geprüft und ist zum Schluss gekommen, dass die Überprüfung, bei welchen Themen sich Lobbyarbeit lohnt, eine Daueraufgabe ist. Es ist aber nicht zielführend, darüber jeweils separat Bericht zu erstatten. Solche Informationen fliessen in den Geschäftsbericht ein. Deshalb findet der Gemeinderat eine Fristverlängerung nicht sinnvoll. Er hat das Anliegen des Postulats geprüft und wird auch in einem oder zwei Jahren nicht zu einem anderen Schluss gelangen. Herr Scheuss, bei Medienanfragen ist es nicht Usus, diese vorgängig im Gemeinderat abzusprechen, es sei denn, es handle sich um ein Gemeinderatsgeschäft. Vorliegend war das nicht der Fall. Der Gemeinderat empfiehlt nach wie vor, das Postulat abzuschreiben.

Strobel Salome, GPK: Die GPK zieht ihren Antrag zugunsten des Antrags der Fraktion Grüne **zurück**, denn sie verlangte die Fristverlängerung aus formellen Gründen. Dass der Gemeinderat den Forderungen des Postulats offenbar auch bei einer Fristverlängerung nicht nachkommen will, ist unverständlich.

Abstimmung

- über den Antrag von Fraktion Grüne, für das Postulat 20140273 "Bieler Finanzen durch fairen Soziallastenausgleich entlasten" eine Fristverlängerung bis Februar 2019 zu gewähren

Der Antrag wird angenommen.

Dringliches Postulat 20140325, "Für eine zeitgemässe Organisation der Sozialbehörde"

Gurtner Roland, Passerelle: Madame Tennenbaum et moi-même ne comprenons pas pourquoi le délai de réalisation de ce Postulat doit être prolongé d'une année. La décision de créer une Commission spéciale externe a été prise par le Conseil municipal le 22 juin 2016. Faut-il tellement de temps pour élaborer un concept détaillé et pour rédiger un rapport à l'intention du Conseil de ville (qui était prévu pour fin 2016 voir début 2017)? Le rapport devrait donc déjà avoir été soumis au Conseil de ville ou il devra l'être prochainement. Pour ces raisons, **je demande une prolongation de délai de six mois, à savoir pour août 2017.**

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Der Gemeinderat hielt es für sinnvoll, für dieses Postulat eine Fristverlängerung von einem Jahr zu beantragen. Kürzere Fristverlängerungen sind selten. Voraussichtlich kann der Gemeinderat ein entsprechendes Geschäft aber in der ersten Hälfte dieses Jahres vorlegen. Deshalb glaube ich, spielt es keine grosse Rolle, ob eine Fristverlängerung für ein ganzes oder nur für ein halbes Jahr gewährt wird. Der Gemeinderat konnte diesen Antrag nicht besprechen. Ich empfehle deshalb nach wie vor, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen.

Abstimmungen

- über den Antrag von Herrn Gurtner, für das Postulat 20140325 "Für eine zeitgemässe Organisation der Sozialbehörde" eine Fristverlängerung bis August 2017 zu gewähren

Der Antrag wird angenommen.

- über den Beschlussesentwurf

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 7. Dezember 2016 betreffend "Erheblich erklärte Motionen und Postulate / 2-Jahresfrist (Direktion Soziales und Sicherheit)", gestützt auf Art. 42 Abs. 2 und Art. 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21):

1. Für das Postulat 20140157, Joël Haueter, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, "Sicherheit - Überprüfung der Aufgabenkompetenz" wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2018 gewährt.

2. Für das Postulat 20140273, Fritz Freuler, Fraktion Grüne, "Bieler Finanzen durch fairen Sozillastenausgleich entlasten" wird eine Fristverlängerung **bis Ende Februar 2019** gewährt.
3. Für das dringliche Postulat 20140325, Ruth Tennenbaum, Passerelle, "Für eine zeitgemässe Organisation der Sozialbehörde" wird eine Fristverlängerung **bis Ende August 2017** gewährt.
4. Für das dringliche Postulat 20140331, Pascal Bord, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, "Die Sozialhilfebezüger müssen vermehrt zum Allgemeinwohl beitragen" wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2019 gewährt.

Direktion Bildung, Kultur und Sport

1. Dringliches überparteiliches Postulat 20110122 Béatrice Sermet-Nicolet, Monique Esseiva, Pierre-Yves Grivel / Fristverlängerung
2. Überparteiliches Postulat 20140159 Leonhard Cadetg, Alain Pichard, Reto Gugger, Alfred Steinmann, Martin Güdel / Fristverlängerung
3. Überparteiliches Postulat 20140192 Max Wiher, Urs Brassel, Monique Esseiva, Lena Frank, Mohamed Hamdaoui, Maurice Paronitti / Fristverlängerung

Es erfolgt keine Wortmeldung.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 14. Dezember 2016 betreffend "Erheblich erklärte Motionen und Postulate / 2-Jahresfrist (Direktion Bildung, Kultur und Sport)", gestützt auf Art. 42 Abs. 2 und Art. 43 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 11. Dezember 1996 (SGR 151.21):

1. Für die Erfüllung des dringlichen überparteilichen Postulats 20110122, Béatrice Sermet-Nicolet, PSR, Monique Esseiva, CVP, Pierre-Yves Grivel, PRR, "Das Theater Palace, ein Kulturhaus für alle, prioritär dem französischen Theater gewidmet", wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2019 gewährt.
2. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20140159, Leonhard Cadetg, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, Alain Pichard, Fraktion GLP, Reto Gugger, Fraktion BVP/CVP/BDP, Alfred Steinmann, SP, Martin Güdel, Die Eidgenossen, "Keine Verschärfung der Restschulproblematik durch die Filière Bilingue", wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2019 gewährt.
3. Für die Erfüllung des überparteilichen Postulats 20140192, Max Wiher, GLP, Urs Brassel, FDP, Monique Esseiva, CVP, Lena Frank, Grüne, Mohamed Hamdaoui, PSR, Maurice Paronitti, PRR, "Kulturplakataushang bei Bauten der öffentlichen Hand", wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2018 gewährt.

Direktion Bau, Energie und Umwelt

1. Dringliches Postulat 20040601 GPK/ Fristverlängerung
2. Überparteiliches Postulat 20070075 Peter Isler, Daphné Rüfenacht / Fristverlängerung
3. Postulat 20080265 André de Montmollin / Fristverlängerung
4. Motion 20080379 Carine Zuber / Fristverlängerung
5. Postulat 20100083 Charlotte Garbani / Fristverlängerung
6. Postulat 20100258 Salome Strobel / Fristverlängerung
7. Postulat 20120287 Peter Moser / Fristverlängerung
8. Überparteiliches Postulat 20130308 Pablo Donzé, Dana Augsburg-Brom, Max Wiher, Roland Gurtner / Fristverlängerung
9. Dringliche Motion 20140290 Peter Bohnenblust / Fristverlängerung
10. Dringliches Postulat 20150031 Natasha Pittet / Fristverlängerung
11. Überparteiliches dringliches Postulat 20150081 Ruth Tennenbaum, Pablo Donzé, Dana Augsburg-Brom, Anna Tanner / Abschreibung

Dringliches Postulat 20040601, "Sanierung des Pförtnerhauses und der öffentlichen Toilette des Stadtparks"

Löffel Christian, Fraktion EVP/BDP: Dieses "dringliche" Postulat wurde Ende 2004 eingereicht, was wirklich extrem ist! Es ist klar, dass dieses Postulat schon längst umgesetzt sein sollte. Von den sieben Unterzeichnenden sitzt noch genau eine Person im Stadtrat, eine weitere mittlerweile im Gemeinderat. **Ich beantrage, diesen Vorstoss als nicht erfüllbar abzuschreiben.** Es kann nicht sein, dass solche Geschäfte immer weitergetragen werden und der Stadtrat alle zwei Jahre darüber diskutieren muss. Herr Fehr ist Erstunterzeichner. Er ist daran, eine Lösung zu suchen, was nicht einfach ist, soll das Pförtnerhaus doch einer neuen, möglichst kostenneutralen und trotzdem interessanten Nutzung zugeführt werden. Seinerzeit wurde eine Umsetzung des Postulats "*bis 30. Juni 2005*" verlangt. Die meisten der heutigen Stadtratsmitglieder waren damals noch nicht im Stadtrat und haben sich vermutlich noch etwas weniger für Politik interessiert als heute. Sollte es sich zeigen, dass das Anliegen erfüllt werden kann, muss der Gemeinderat dem Stadtrat sowieso ein Projekt vorlegen.

Scherrer Martin, GPK: Dieser Vorstoss wurde seinerzeit von der GPK eingereicht. Von Herrn Löffels Antrag hatte die GPK keine Kenntnis und konnte sich nicht dazu absprechen. Ich hätte es begrüsst, wenn die GPK vorgängig informiert worden wäre. Keines der unterzeichnenden GPK-Mitglieder ist heute noch in der Kommission. Vielleicht möchte Herr Fehr noch etwas dazu sagen. Die GPK überlässt die Entscheidung dem Stadtrat.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Ich möchte dem Stadtrat beliebt machen, dem Gemeinderat zu folgen und das Geschäft nicht abzuschreiben. Morgen findet auf der Finanzdirektion eine Sitzung zu diesem Thema statt. Für dieses Gebäude muss eine Lösung gefunden werden. Die damalige GPK reichte den Vorstoss ein und ich finde es richtig, dass er aufrecht erhalten bleibt. Der Stadtrat hat ein Recht darauf zu wissen, was mit dem Pförtnerhaus passiert, auch wenn das Geschäft ein sehr schwieriges ist. Zwar entsteht kein Schaden, wenn das Postulat abgeschrieben wird. Bleibt es aber aufrecht erhalten, ist die Motivation, eine

Lösung zu finden, sicher grösser. Ich möchte dem Stadtrat beliebt machen, dem Gemeinderat nochmals zwei Jahre zu geben. Ich hoffe, dass dieser dann bis dahin eine Lösung gefunden hat.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Löffel das Postulat 20040601, Erich Fehr, SP, "Sanierung des Pförtnerhauses und der öffentlichen Toilette des Stadtparks" als erfüllt abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt.

Postulat 20100083, "Tempo-30 im Zukunftsquartier"

Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP: Gestern hat der Stadtrat einen Verpflichtungskredit für das Geschäft 20160341 «Quartier Zukunft / Einführung einer Tempo-30-Zone» gesprochen. Damit ist das vorliegende Postulat erfüllt und **die Fraktion FDP beantragt, dieses abzuschreiben** statt unnötig im Stadtrat mitzuschleppen.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Der Gemeinderat ist mit dem Antrag aus dem von Herrn Leuenberger erwähnten Grund einverstanden.

Abstimmungen

- über den Antrag der Fraktion FDP das Postulat 20100083, Charlotte Garbani, Fraktion SP, "Tempo-30 im Zukunftsquartier" als erfüllt abzuschreiben

Der Antrag wird angenommen.

- über den Beschlussesentwurf

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 30. November 2016 betreffend "erheblich erklärte Motionen und Postulate / 2-Jahresfrist (Direktion Bau, Energie und Umwelt)", gestützt auf Artikel 42 und 43 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom 11. Dezember 1996 (SGR 151.21):

1. Für das dringliche Postulat 20040601, Erich Fehr, SP, "Sanierung des Pförtnerhauses und der öffentlichen Toilette des Stadtparks", wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2019 gewährt.
2. Für das überparteiliche Postulat 20070075, Daphné Rüfenacht, Fraktion Grüne Biel und Peter Isler, Fraktion SP, "Umweltschutz – neue Strukturen für den Energiebereich, wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2018 gewährt.
3. Für das Postulat 20080265, André de Montmollin, Fraktion SP, "Für eine Begegnungszone in der näheren Umgebung des Spitalzentrums", wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2019 gewährt.

4. Für die Motion 20080379, Carine Zuber, Fraktion SP, "Verbesserung der Sicherheit für die Zweiradfahrenden in den Strassenunterführungen der Stadt Biel", wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2019 gewährt.
5. Das Postulat 20100083, Charlotte Garbani, Fraktion SP, "Tempo-30 im Zukunftsquartier" **wird als erfüllt abgeschrieben.**
6. Für das Postulat 20100258, Salome Strobel, SP, "Umsetzungsplanung Tempo 30", wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2019 gewährt.
7. Für das Postulat 20120287, Peter Moser, FDP, "Fussgängerbrücke zwischen Fuchsenried und Zollhausstrasse", wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2019 gewährt.
8. Für das überparteiliche Postulat 20130308, Dana Augsburger-Brom, SP, Pablo Donzé, Grüne, Max Wiher, GLP, Roland Gurtner, PAS, "Öko-Kompass auch in Biel/Bienne", wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2019 gewährt.
9. Für die dringliche Motion 20140290, Peter Bohnenblust, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, "Renovation und Umbau Theater Palace: Begrenzung Beitrag der Stadt Biel auf maximal CHF 2,9 Mio.!", wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2019 gewährt.
10. Für das dringliche Postulat 20150031, Natasha Pittet, PRR, "Schulräume in genügender Anzahl", wird eine Fristverlängerung bis Ende Februar 2019 gewährt.
11. Das überparteiliche dringliche Postulat 20150081, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Pablo Donzé, Fraktion Grüne, Dana Augsburger-Brom, SP, Anna Tanner, SP, "Initiative "für eine gesunde Ernährung": Keine präjudizierenden Fakten schaffen bei der Sanierung von Küchen in Schulen und Kindertagesstätten", wird als erfüllt abgeschrieben.

25. Dringliche Motion 20160306, Adrian Dillier, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, "Bunte Farben der Freiheit"

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Dillier Adrian, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Motion "Bunte Farben der Freiheit" geht zurück auf die jämmerliche Geschichte des orangen Hauses, die im vergangenen Jahr Schlagzeilen machte. Aus der Antwort des Gemeinderates geht hervor, dass dieser nichts unternehmen will und er stellt darin eine Reihe von Behauptungen auf. Ich zitiere aus dem Entscheid der kantonalen Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) in dieser Sache: *"Gemäss Art. 9 Abs. 1 des Baugesetzes (BSG 721.0) dürfen Bauten, Anlagen, Reklamen, Anschriften und Bemalungen Landschaften, Orts- und Strassenbilder nicht beeinträchtigen, insbesondere nicht durch eine störende Farb- oder Materialwahl. Diese Vorschrift stellt die "ästhetische Generalklausel" im Sinne eines allgemeinen Beeinträchtigungsverbots dar. Eine Beeinträchtigung liegt vor, wenn ein Bauvorhaben einen Gegensatz zur bestehenden Überbauung schafft, der erheblich stört. Die Gemeinden dürfen eigene Ästhetikvorschriften erlassen, die über die kantonalen Vorschriften hinausgehen können. Derartige Vorschriften müssen, um selbstständige Bedeutung zu erlangen, konkreter gefasst sein als die Anordnungen des kantonalen Rechts. Sie dürfen*

letztere nicht bloss allgemein anders formulieren." Das Baureglement der Stadt Biel (SGR 721.1) enthält in Art. 25 Abs. 1 und 2 insbesondere folgende Bestimmungen zur Gestaltung von Bauten und Anlagen: "*Bauten und Anlagen sind so zu gestalten, dass sie unter Einhaltung der Vorgaben des Bauzonenplanes zusammen mit ihrer Umgebung eine gute Gesamtwirkung ergeben*" (Abs. 1). "*Die Aussenräume sind auf den Charakter der Umgebung abzustimmen. Insbesondere ist die Fläche zwischen Gebäude und öffentlichem Strassenraum (Vorgarten) zu begrünen und in quartierüblicher Weise gegen den Strassenraum abzugrenzen*" (Abs. 2). Für die Beurteilung der "guten Gesamtwirkung" bestimmt schliesslich Art. 23 der Bauverordnung der Stadt Biel (SGR 721.12): "*Für die Beurteilung der Gesamtwirkung von Bauten und Anlagen sind insbesondere die Gebäudestellung sowie die Orientierung der Fassaden, die Gebäudeformen und ihre Gliederung, die Materialwahl und ihre Farbgebung sowie die Gestaltung der Aussenräume zu berücksichtigen.*" Diese Bestimmungen sollen eine "gute Gesamtwirkung" sichern und gehen damit weiter, als Art. 9 Abs. 1 des kantonalen Baugesetzes. Ihnen kommt daher eine eigenständige Bedeutung zu. Die kommunale Formulierung "*gute Gesamtwirkung*" stellt einen unbestimmten Gesetzesbegriff dar, bei dessen Auslegung den kommunalen Behörden ein gewisser Beurteilungsspielraum eingeräumt wird. Warum habe ich die vorliegende Motion eingereicht? Ich habe festgestellt, dass die Stadt Biel weiter geht als das übergeordnete Recht. Das möchte ich ändern. Zwar gehören in die Altstadt keine ungebührlichen Farbtupfer und die Innenstadt soll ein möglichst homogenes Erscheinungsbild aufweisen. In den Aussenquartieren ist die Situation aber eine andere. Dort wohnen Personen, die nicht jedes Mal einen Architekten beauftragen wollen, wenn sie die Fassade ihres Hauses neu streichen. Sie streichen die Fassade einfach und hoffen auf Verständnis. Der Gemeinderat behauptet in seiner Beantwortung, die Stadt gehe gar nicht weiter als das kantonale Baugesetz. Das stimmt nicht! Würden die städtischen Bestimmungen nicht weiter gehen als die kantonalen, hätten die von mir zitierten Artikel keine selbstständige Bedeutung und stünden damit im Widerspruch zur Aussage der BVE. Mir geht es nicht darum, die Nachbarschaft darüber befinden zu lassen, auch wenn ich dies in der Begründung vorgeschlagen habe. Das ist offenbar rechtlich nicht zulässig. Mit der Motion sollte der Gemeinderat aber beauftragt werden, Realisierungsvorschläge in meinem Sinn auszuarbeiten. Wie der zitierte Entscheid der BVE zeigt, können die von mir bestrittenen Bestimmungen der städtischen Erlasse sehr wohl aufgehoben werden und der Gemeinderat könnte entsprechende Vorschläge unterbreiten. **Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen beantragt daher, die Motion erheblich zu erklären.**

Löffel Christian, Fraktion EVP/BDP: Herr Dillier, ich weiss nicht, welches Problem Sie mit der Beantwortung haben und was Sie dem Gemeinderat vorwerfen. Vielleicht sollten Sie sich einmal fragen, was eine "*gute Gesamtwirkung*" ist. Als ich das leuchtend orange Haus zum ersten Mal gesehen habe, fragte ich mich, welcher Idiot das wohl bewilligt hat. Das war meine persönliche Reaktion, sie hat nichts mit Politik zu tun. Die "*gute Gesamtwirkung*" ist eine "question des goûts et des couleurs" und kann immer infrage gestellt werden, das ist klar. Ich hatte aber den Eindruck, dieses Thema sei der SVP auf dem Silbertablett präsentiert worden, um im Wahljahr für etwas Wirbel zu sorgen. Mit Sachlichkeit hat das nicht viel zu tun. Die vorgebrachten Vorwürfe entbehren jeglicher Grundlage. Die Fraktion EVP/BDP empfiehlt, dem Gemeinderat zu folgen und die Motion nicht erheblich zu erklären.

Dillier Adrian, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Herr Löffel, es geht nicht um mich persönlich, sondern um eine Stellungnahme des Gemeinderats, die durch den Entscheid der kantonalen Energie-, Verkehrs- und Baudirektion widerlegt worden ist. Es geht nicht um Behauptungen, sondern um Fakten. Wenn Sie diese nicht anerkennen, ist das Ihr Problem, nicht meines.

Baltzer Niklaus, SP: Herr Dillier hat aus dem kantonalen Baugesetz zitiert. So wie ich dieses verstanden habe, sind die Gemeinden frei, eigene ästhetische Grundlagen zu schaffen. Folglich könnte auch keine ästhetische Grundlage geschaffen werden, wie es die vorliegende Motion fordert. Ich vermute aber, dass eine genaue Interpretation des Baugesetzes zeigen würde, dass die Gemeinden das kantonale Baugesetz zwar verschärfen, aber nicht aufweichen dürfen. Nun verlangt die Motion aber, dass auf ästhetische Regelungen gänzlich verzichtet werden soll. Das bereitet mir Bauchschmerzen. Ich finde es falsch, die gesetzlichen Grundlagen zur Farb- und Baustoffwahl gänzlich abzuschaffen. Deshalb folge ich dem Gemeinderat.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich möchte dem Stadtrat beliebt machen, dem Gemeinderat zu folgen und will Ihnen kurz erläutern, warum: Mit seinem Zitat aus dem Entscheid der kantonalen Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) versucht Herr Dillier, ein bestimmtes Bild hervorzurufen. Das erinnert mich an "alternative Fakten"... (*Unruhe im Saal*) Worum geht es? Herr Dillier fordert mit seiner Motion Wahlfreiheit in der Farbgebung von Fassaden. Zudem fordert er, dass die Nachbarschaft mitentscheiden können soll. Zwar hat er diese letzte Forderung in seinem vorhergehenden Votum relativiert, aber sie steht so in der Motion. Hätte der Gemeinderat nur zu Überlegungen angeregt werden sollen, hätte Herr Dillier die Form eines Postulats wählen sollen. Eine weitere Tatsache ist folgende: Selbstverständlich hat die von Herrn Dillier zitierte städtische Bestimmung eine eigene und selbständige Bedeutung, wie dies auch der Entscheid der BVE verlangt. Bei der Beantwortung der vorliegenden Motion stützte sich der Gemeinderat auf die Anliegen der Motion, bei der Farbgebung von Fassaden mehr Freiheiten zu gewähren und die Nachbarschaft mitentscheiden zu lassen. Dazu trägt die Aufhebung der städtischen Bestimmungen nichts bei, denn schon die kantonalen Gestaltungsvorschriften sind in diesem Bereich ziemlich restriktiv. Die Rechtsunsicherheit würde sogar noch erhöht, denn die Bieler Bestimmungen enthalten Präzisierungen. Werden diese vor der Wahl der neuen Fassadenfarbe gelesen, wird vieles klar. Darum ist der Gemeinderat der Meinung, die Motion sollte nicht erheblich erklärt werden. Würde sie erheblich erklärt und die städtischen Regelungen würden gestrichen, führte dies im Endeffekt wahrscheinlich trotzdem zu einer gleichen Beurteilung wie im konkreten Fall, denn der Entscheid müsste sich immer noch auf die kantonalen Bestimmungen abstützen. Für die Rechtssuchenden wäre die Situation aber weniger klar, weil die kantonalen Bestimmungen genereller abgefasst und damit auslegungsbedürftiger sind. Der Gemeinderat möchte solche Unsicherheiten gerne vermeiden. Eigentlich erstaunt es mich, dass dieser Vorstoss von der SVP eingereicht wurde, denn diese stellt sich doch sonst immer hinter den Rechtsstaat... (*Zwischenruf*) Nicht? Das nehme ich somit als wichtige Information zur Kenntnis... Jedenfalls ist es nicht zulässig, dass die Nachbarschaft über gesetzlich geregelte Sachverhalte bestimmt. Zudem stellte sich auch die Frage, wer unter "Nachbarschaft" zu verstehen ist. Nehmen wir den vorliegenden Fall. Ich habe einen Kollegen mit einer schönen Terrasse am Berghausweg. Von dort aus sieht er direkt auf das orange Haus. Dieser Kollege ist somit von dessen Farbgebung ebenfalls

betroffen, obwohl er nicht direkter Nachbar ist. Nur schon aus solchen Überlegungen ist der Vorschlag der SVP nicht umsetzbar. Im Weiteren finde ich die von Herrn Dillier vorgenommene Unterscheidung von verschiedenen Stadtteilen in diesem Zusammenhang seltsam. Herr Dillier impliziert in seinem Votum sinngemäss, dass, wer in der Innenstadt wohnt, die Vorschriften besser kennt als wer an der Mettstrasse wohnt. So wie ich Herrn Dillier verstanden haben, streichen BewohnerInnen der Mettstrasse ihre Fassade zuerst und lesen die Vorschriften nachher. Das finde ich eine mutige Aussage. Die städtischen Vorschriften gelten für das ganze Gemeindegebiet gleich. Sie sind willkürfrei und rechtsgleich umzusetzen. Die vorliegende Motion aber verfolgt die Idee, quasi die Nachbarschaft zum Entscheid zu ermächtigen, was wie gestrichen werden soll. Das ist in einem Rechtsstaat nicht möglich. Zudem gilt es auch den von Herrn Löffel erwähnten ästhetischen Themen Rechnung zu tragen. Dazu möchte ich heute Abend aber keine Stellung nehmen. Ich bitte den Stadtrat, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Da Herr Dillier bereits zwei Mal gesprochen hat und nun nicht erneut Stellung nehmen kann, möchte ich noch etwas sagen. Bei einem Vorstoss ist einzig und allein der Antrag entscheidend. Im Antrag steht: *"Der Gemeinderat wird beauftragt, die städtische Bauordnung so zu ändern, dass die Farb- und Materialwahl, die Gestaltung der Aussenräume, die Gebäudeform und die Gliederung der Liegenschaften ausserhalb der Altstadt und der Innenstadt im Rahmen des übergeordneten Rechts grundsätzlich frei ist."* Im Antrag geht es nicht um das orange Haus! Das Wort *"Nachbarschaft"* kommt zudem im Antrag kein einziges Mal vor. Entscheidend ist, was im Antrag steht! Herr Fehr unterstellt der SVP, sie wolle die Nachbarschaft als entscheidendes Organ bevollmächtigen. Das steht so nicht im Antrag und was Herr Fehr dazu sagt, ist schlicht falsch!

Fehr Erich, Stadtpräsident: Das Votum von Herrn Scherrer ändert nichts an der Empfehlung des Gemeinderates. Ich nehme aber Ihren Wunsch zur Kenntnis, dass der Gemeinderat sich inskünftig im Sinne des Rechtsstaates streng nur noch auf den Antrag eines Vorstosses fokussieren soll. Ich bitte den Stadtrat, ihm dies bei anderer Gelegenheit nicht vorzuwerfen! Normalerweise wird verlangt, den Antrag nicht wortwörtlich zu nehmen, sondern das Anliegen und die Botschaft des Vorstosses zu verstehen. Das wird dem Gemeinderat nun zum Vorwurf gemacht. Es gilt doch immer, Gleiches mit Gleichem zu messen...?

Abstimmung

- über den Antrag der Fraktion SVP/Die Eidgenossen, die Motion erheblich zu erklären

Der Antrag wird abgelehnt. Die Motion wird damit nicht erheblich erklärt.

26. Dringliche überparteiliche Motion 20160307, Caroline Jean-Quartier und Martin Wiederkehr, Fraktion SP, Fritz Freuler, Fraktion Grüne, Ruth Tennenbaum, Passerelle, "Ein geeignetes und transparentes Einbürgerungsverfahren und ein Einbürgerungsprozess, der innerhalb einer Rahmenfrist von maximal 18 Monaten abgeschlossen wird"

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Jean-Quartier Caroline, PSR: La motion interpartis urgente demandait que la procédure de naturalisation soit enfin réalisée selon les normes, ceci notamment concernant les délais. Dans sa réponse le Conseil municipal informe qu'il est responsable de l'organisation de l'Administration municipale et que cette organisation doit être adéquate pour permettre l'accomplissement irréprochable des tâches de l'Administration. Au niveau de la procédure de naturalisation, on peut constater que ce n'est pas le cas. Un délai d'attente de trois ans et demi, sans aucune information de la part de l'Administration, ce n'est vraiment pas correct. C'est l'exemple, parmi tant d'autres, d'un ressortissant français, qui a réussi avec plus de 40 points l'examen de naturalisation (maximum 48 points), en octobre 2014. Malgré plusieurs relances, aucune nouvelle jusqu'à ce jour. Que fait-on du Service public? Lorsque des candidats souhaitent connaître l'avancement de leur dossier, il leur est répondu sèchement: *Vous n'avez qu'à attendre!* Ceci n'est pas une réponse convenable, car il serait peut-être possible de donner un délai approximatif d'attente ou des renseignements simples sur l'état de la procédure. Il serait judicieux, qu'une clarification soit faite avec le Service des naturalisations et éventuellement qu'un cours sur l'accueil au public soit proposé aux employé(e)s. J'aimerais justement avoir une réponse claire et précise par rapport au contenu suivant: *"Le Conseil municipal se prononcera sur les mesures complémentaires possibles et nécessaires dans le cadre d'une affaire, qui devra lui être soumise"* (page 2, 1^{er} paragraphe de la réponse du Conseil municipal). Quand ces informations seront-elles disponibles? **Les motionnaires demandent de maintenir la motion interpartis urgente**, car il est du ressort exclusif du Conseil municipal de s'occuper sérieusement du dossier des naturalisations, notamment au niveau du respect des délais.

Güntensperger Nathan, GLP: Für die Fraktion GLP ist der geltend gemachte Sachverhalt ebenfalls problematisch. Sie möchte auf folgende Punkte hinweisen: Der Kanton und neu auch der Bund geben das Einbürgerungsverfahren weitgehend vor. Einbürgerungen sind nicht einfacher geworden. So werden beispielsweise Sprachniveau, Straffälligkeit (auch im Ausland) und Sozialhilfebezug geprüft und in die Beurteilung mit einbezogen. 2013 wurde im Kanton Bern über die Einbürgerungsinitiative abgestimmt, was eine Rechtsunsicherheit zur Folge hatte. Dies hat einige Gemeinden dazu veranlasst, laufende Einbürgerungsgesuche zu sistieren und erst nach Umsetzung der Initiative weiterzubearbeiten. Ich weiss nicht, ob dies in Biel auch der Fall war. Das Einbürgerungsverfahren meiner Ehefrau hat auf jeden Fall weniger als ein Jahr gedauert. Bei einem Parteimitglied der GLP hat es demgegenüber vier Jahre gedauert. Sein Verfahren fiel aber genau in die Zeit zwischen 2013 und 2016. Meine Partei geht davon aus, dass ein so langes Einbürgerungsverfahren nicht der Norm entspricht. Abschliessend ist die Fraktion

GLP der Meinung, dass der Gemeinderat nicht sehr viel Spielraum hat und dass die geforderte Verfahrensverkürzung wahrscheinlich ohne Personalaufstockung nicht erreicht werden kann. Eine Personalaufstockung lehnt die Fraktion GLP aber ab. Wer solange in der Schweiz gelebt hat, dass ein Einbürgerungsgesuch gestellt werden kann, dem kommt es auf einige Monate mehr nicht an. Betreffend Einbürgerungstest stellt sich meine Fraktion hinter den Gemeinderat.

Gonzalez Glenda, au nom du Groupe PSR: À mon avis, l'image de l'Administration est malmenée dans cette affaire. En effet, il y a trois semaines, je me suis rendue dans le canton de Neuchâtel pour une séance de travail et j'ai été interpellé à ce sujet dans le but de savoir, notamment, si la Ville de Bienne était une ville xénophobe. Cela donne à réfléchir! Le traitement des questions de naturalisation est-il volontairement ralenti à Bienne car dans d'autres localités, les délais ne sont pas si longs. Le problème des délais n'est pas un secret mais est-il réellement uniquement lié au manque de ressources? Le Conseil municipal explique, que la compétence revient au Canton, mais il la délègue au Conseil municipal, qui à son tour la délègue à nouveau à la Direction de l'action sociale et de la sécurité. Ceci, pour autant que l'organisation soit adéquate et qu'elle permette un accomplissement irréprochable des tâches de l'Administration. Ce processus se fait dans un cadre et une procédure prescrits. Le Règlement d'organisation (RDCo 152.01) stipule, que le cas échéant, la direction concernée doit soumettre un rapport ou une demande au Conseil municipal, pour qu'une amélioration puisse être menée et que ses tâches soient organisées de manière adéquate.

Le Groupe PSR estime donc qu'il est important pour l'image de la Ville de Bienne, mais aussi pour ses habitant(e)s, qu'une amélioration soit faite dans la procédure de naturalisation. Le problème au Service de la population est également connu et le Conseil de ville a déjà longuement débattu à ce sujet. Toutefois, un(e) candidat(e) à la naturalisation n'a pas la possibilité de se renseigner par téléphone, ni de prendre un rendez-vous pour traiter de son dossier. Il ou elle doit se rendre en personne au service concerné et attendre patiemment son tour. Même s'il s'agit de rendre un document, la personne doit refaire à nouveau la file d'attente. La plupart des candidats à la demande de naturalisation travaillent et doivent donc prendre congé, car les heures d'ouverture ne coïncident pas forcément avec leur emploi du temps. Pour toutes ces raisons, les motionnaires souhaitent maintenir cette motion, afin de faire pression sur le Conseil municipal, afin de remédier tout au moins partiellement à ce problème. En effet, l'image donnée par la Ville à la population étrangère domiciliée à Bienne, souhaitant se naturaliser, est vraiment négative.

Suter Daniel, PRR: Le problème soulevé par les motionnaires relève clairement de l'organisation de l'Administration municipale, qui est de la compétence du Conseil municipal. Cela implique, que le Conseil de ville ne peut pas intervenir dans des questions organisationnelles. Je recommande donc aux motionnaires d'accepter de transformer cette motion en postulat, car le problème au sein du Service responsable des naturalisations à Bienne est connu depuis un certain temps. De plus, le Conseil municipal se penchera sur les optimisations possibles et nécessaires dans le cadre de l'organisation de la structure et des procédures des Services des habitants et services spéciaux, ce qui inclura le traitement des procédures de naturalisation. Le PRR serait prêt à soutenir le postulat pour donner ce signal au Conseil municipal, mais pour des questions formelles la motion n'est pas soutenable. D'autre part, d'un

point de vue formel, l'art. 40, al. 2 du Règlement du Conseil de ville (RDCo151.21) précise qu'une motion ne peut porter sur un objet qui relève de la compétence exclusive du Conseil municipal. De ce fait, je vous prie de bien vouloir suivre la proposition du Conseil municipal.

Freuler Fritz, Grüne: Ich möchte Herrn Suter antworten. Ich verstehe sein Argument, dass Einbürgerung gemäss Organisationsreglement tatsächlich eine Aufgabe in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderates ist. Ich finde das aber durchaus diskussionswürdig. Der Gemeinderat schreibt in seiner Beantwortung: *"Die unbefriedigende Situation bezüglich der Dauer der Behandlung der Einbürgerungsdossiers in der Stadt Biel ist dem Gemeinderat bekannt."* Seit Jahren überprüft die Direktion Soziales und Sicherheit ihre Strukturen und Prozesse und vergibt Aufträge an Büros. In seiner Beantwortung kommt der Gemeinderat aber zum Schluss, dass das Problem nur mit einer *"Aufstockung des Personalbestands"* gelöst werden kann. Das ist der Knackpunkt. Wenn es mehr Personal braucht, geht es auch um den Stellenplan, der in der Kompetenz des Stadtrates liegt. Deshalb kann genau so gut behauptet werden, dass die Thematik in der Kompetenz des Stadtrats liegt und darum motionsfähig ist. Warum wurde also eine Motion eingereicht? Seit vier Jahren hat es immer wieder lokale und überregionale Presseartikel bezüglich der Situation in Biel. Selbst das Schweizer Fernsehen hat schon darüber berichtet. Biel betreibt also eine Ausländerpolitik, die sogar national Schlagzeilen macht und zwar nicht, weil sie gut ist. Es ist somit also auch eine Imagefrage. Wenn der Stadtrat diese Situation nicht in Form einer Motion entgegensteuert, nützt alles nichts. Der Stadtrat kann die Motion zwar in ein Postulat umwandeln, aber dann ist er immer noch gleich weit wie schon vor vier Jahren. Schon damals wurde über ein ähnlich lautendes Postulat abgestimmt. Aus der Beantwortung geht nun hervor, dass seither nichts passiert ist, ausser dass Steuergelder für Studienaufträge ausgegeben wurden. Resultatmässig bleibt es aber dasselbe. Die Einbürgerungswilligen warten und warten. Um zum Einwohnerdienst zu gelangen, warten sie im Treppenhaus und auf dem Trottoir. Ich bitte die Stadtratsmitglieder daher eindringlich, diese Motion erheblich zu erklären, es geht nicht nur um eine Formalität. Geben Sie diesen Menschen eine Chance und stehen Sie für Integration ein, damit diese nicht nur eine hohle Phrase bleibt.

Augsburger-Brom Dana, SP: Ich bin erstaunt, dass so lange diskutiert werden muss, bis ein Schritt gewagt wird. Die Lösung der Probleme wird in der Beantwortung erwähnt und sie wäre ganz einfach: Es muss Personal aufgestockt werden. Ich frage mich, wo eigentlich das Problem liegt. Personal sollte nicht aufgrund der finanziellen Mittel angestellt werden, sondern aufgrund der zu erledigenden Arbeit. Leider ist es heute auch in der Privatwirtschaft gang und gäbe, dass sich der Personalbestand nach den finanziellen Möglichkeiten ausrichtet. Das finde ich falsch. Soll die Arbeit erledigt werden, braucht es das notwendige Personal. Nur so kann auch eine gute Arbeitsqualität erreicht werden. Es ist Aufgabe des Stadtrates, dafür zu sorgen, dass die Arbeit erledigt wird. Die Anzahl Schalterkunden ist nicht vorhersehbar. Wenn der Stadtrat aber findet, dass die Arbeit erledigt werden soll, muss er das dazu nötige Personal bewilligen. Das finde ich eigentlich ganz logisch.

Diop Mamadou, PSR: Le Conseil de ville et aussi le Conseil municipal sont présents pour aider la Ville de Bienne. La gestion d'une ville de 50'000 habitants n'est pas simple, mais les parlementaires et les membres du Conseil municipal sont élus pour cette tâche. Je ne suis pas tout à fait d'accord avec Monsieur Suter, qui prétend que

le Conseil de Ville n'as pas le droit de s'initier dans le fonctionnement de l'Administration. À mon avis, le Conseil de ville doit aider l'Administration à trouver des solutions. Monsieur Feurer a peut-être des problèmes de manque de personnel dans son département. Il a la possibilité de le signaler au Conseil de ville, tout comme le font ses collègues qui construisent des écoles et qui cherchent des idées pour faire avancer la Ville. Il y a actuellement 652 dossiers de candidature à la naturalisation en attente. Cela représente une perte à gagner pour la Ville. Plus on attend plus la situation deviendra ingérable. Je demande donc à Monsieur Feurer d'agir et de raccourcir les délais et qu'il sache que le Conseil de ville est ici pour travailler dans l'intérêt de la Ville.

Scherrer Martin, SVP: Selbstverständlich soll sich der Stadtrat für die Stadt einsetzen. Aber auch für den Stadtrat gilt: Biel hat eine Gesetzgebung, Reglemente und eine Stadtordnung. Der Stadtrat hat sich an die Stadtordnung zu halten und die Kompetenzen sind klar geregelt. Wenn der Stadtrat mit der heutigen Regelung nicht einverstanden ist, hat er in den nächsten vier Jahren die Chance, dies mit der Revision der Stadtordnung zu ändern. Die aktuelle Stadtordnung gilt aber weiterhin. Sie ist jetzt nicht plötzlich Auslegungssache. Man kann nicht plötzlich sagen, der Gemeinderat sei nur noch für Ausgaben bis CHF 250'000 zuständig, denn er hat die Kompetenz bis CHF 300'000. Die Organisation der Stadt Biel liegt ebenfalls in der Kompetenz des Gemeinderates. Darum ist der Vorstoss nicht motionsfähig und der Antrag der MotionärInnen ist abzulehnen. Der Gemeinderat bietet sogar Hand, indem er beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Ich nehme an, wenn die Bürgerlichen den Vorstoss als Postulat unterstützen, stimmt problemlos eine Mehrheit dafür. Als Motion ist der Vorstoss aber abzulehnen. Ich freue mich auf den Moment, wenn nicht motionsfähige Motionen zur Überarbeitung zurückgewiesen werden. Dann muss der Stadtrat nämlich nicht mehr darüber diskutieren...

Wiederkehr Martin, SP: Einbürgerungen waren kürzlich Gegenstand einer Volksabstimmung. Einbürgerungen dauern nicht für alle drei bis vier Jahre. Ich will nicht alles wiederholen, was bereits gesagt wurde. Der Grund, warum ich zum Rednerpult komme, ist folgender: Ich arbeite in einem speziellen Umfeld, ich versuche, Jugendliche zwischen 15 und 23 Jahren in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Ich erlebe regelmässig, dass sich diese Jugendlichen sehr darum bemühen, einen Schweizer Pass zu erlangen. Sie stellen den Antrag mit 16 oder 17 Jahren und schreiben gleichzeitig Bewerbungen. Mit der Einbürgerung geht es aber nicht vorwärts. Die Jugendlichen sind 20 Jahre alt oder noch älter, bis sie endlich den definitiven Bescheid und den Schweizer Pass erhalten. In der Diskussion rund um die erwähnte Abstimmung ging es genau darum. Immer wieder wird gesagt: "Man kann sich einbürgern lassen, wenn man will." Ich kenne ganz viele Jugendliche, die den Schweizer Pass wollen! Aber es dauert einfach vier bis fünf Jahre! Die Stadt Biel steht im kantonalen Vergleich der Verfahrensdauern ganz hinten. Andere Gemeinden schaffen das viel schneller. Ich gehe davon aus, dass auch der Bieler Gemeinderat das Einbürgerungsverfahren beschleunigen könnte. Schliesslich mussten alle Gemeinden im Kanton Bern den Ausgang der Abstimmung über die Einbürgerungsinitiative abwarten. Nun braucht es einfach kurzfristig mehr Personal. Um den ganzen Berg abzutragen, muss nicht einmal festangestelltes Personal gefunden werden. Wird kein Personal angestellt, kann aber der Überhang nie abgebaut werden und es dauert auch für neue Gesuche immer noch vier bis fünf Jahre. Ich weiss nicht, wie lange das noch so weitergehen soll...

Baltzer Niklaus, SP: Der Stadtrat weiss, dass ich häufig über Grundsätzliches nachdenke. Vorliegend geht es um Physik. Wird mehr Wasser in ein Gefäss gegossen, als durch ein Loch in dessen Boden abfliessen kann, steigt der Wasserpegel. Wird zuviel Wasser eingegossen, läuft das Gefäss über. Vorliegend geht es um ein solches Überlaufproblem, andererseits stimmt aber auch die Physik nicht ganz. Je höher nämlich das Wasser im Gefäss steigt, desto höher wird der Wasserdruck und durch das Loch fliesst entsprechend mehr ab. In der Verwaltung ist es aber so, dass sie bei mehr pendenten Dossiers und entsprechend höherem Druck schlechter arbeitet. Druck steigert nicht die Effizienz, sondern wirkt im Gegenteil kontraproduktiv. Zwar braucht es einen gewissen Druck, aber was zu viel ist, ist zu viel. Nun gilt es zu prüfen, ob bei den Einbürgerungsverfahren bereits zu viel Druck vorhanden ist und die Verwaltung nicht mehr gut arbeiten kann. Ist dies der Fall, was ich vermute, muss überlegt werden, was gemacht werden muss. Einfach stur gegen einen Personalausbau zu sein wie die Fraktion GLP, finde ich nicht den richtigen Ansatz. Vielmehr müsste geprüft werden, ob es reicht, vorübergehend ein paar Personen mehr anzustellen, so dass die Verwaltung effizient arbeiten kann, wie Herr Wiederkehr richtig gesagt hat. Ich sehe in diesem Bereich einfach wenig kreative Lösungsansätze. Wenn Stadtratsprotokolle zu spät publiziert werden, muss sich das Stadtratsbüro auch überlegen, ob temporäre Aushilfen angestellt werden sollen. Solche Überlegungen müssen gemacht werden und fehlen mir vorliegend. Stur ausgelegt hat die Fraktion GLP recht, wenn sie sagt, der Gemeinderat dürfe Personal nicht aufstocken. Schliesslich ist es am Stadtrat, provisorisch geschaffene Stellen nach zwei Jahren zu bewilligen und in definitive umzuwandeln. Ich finde aber, der Gemeinderat darf dabei etwas schummeln, wenn dadurch die Verwaltung effizienter wird...

Leuenberger Bernhard, FDP: Ich finde, diese Diskussion bewegt sich auf einem Nebengleis. Ich möchte den Stadtrat daran erinnern, dass wir uns nicht im Nationalrat befinden! Das ganze Einbürgerungsverfahren ist weitestgehend von der nationalen und kantonalen Gesetzgebung geprägt. Mit Einbürgerungen befassen sich alle drei politischen Ebenen. Die Stadt entscheidet nicht allein. Auch der Migrationsdienst des Kantons und die Migrationsbehörde des Bundes sind involviert. Alles muss überprüft werden und teilweise werden Gesuche zwecks Ergänzung an die anderen Behörden oder die Einbürgerungswilligen zurückgewiesen. Fehlen Beweismittel, folgt üblicherweise ein grosses Hin und Her. Die in der Motion geforderte Frist von 18 Monaten für Einbürgerungen kann schlicht und ergreifend nicht eingehalten werden! Ich habe durchaus Sympathie für das Anliegen. Auch ich bin dafür, das Verfahren zu beschleunigen, aber das hängt nicht alleine von der Stadt ab. Selbst wenn das Personal auf der Dienststelle Einwohner- und Spezialdienste aufgestockt würde, könnte Herr Feurer nicht zaubern. Es gibt gewisse Faktoren, die ausserhalb seines Zuständigkeitsbereiches liegen. Darum ist das Anliegen weder motionsfähig noch umsetzbar! Kürzlich war den Medien zu entnehmen, dass Biel die Stadt mit der grössten Zuwanderung ist. Biel hat aber auch die grösste Abwanderung von Schweizer BürgerInnen und eine grosse Zuwanderung von AusländerInnen. Deshalb kann ich mir gut vorstellen, dass hier auch überdurchschnittlich viele Einbürgerungsgesuche gestellt werden. Diese Flut von Gesuchen innert nützlicher Frist zu erledigen, ist nicht einfach. Schlussendlich finde ich es auch kein existenzielles Problem, wenn jemand nicht 18 sondern 24 Monate oder etwas länger auf den Schweizer Pass warten muss. (*Zwischenruf*)... Auch für die Jugendlichen haben wir kein separates Gesetz! Wir können hier nicht über Dinge entscheiden, die

in die Kompetenz der eidgenössischen Räte fallen. Darum werde ich dem Gemeinderat folgen.

Freuler Fritz, Grüne: Herr Leuenberger, eine Durchführung des Einbürgerungsverfahrens innert 18 Monaten ist durchaus möglich. Das hat auch nichts mit den eidgenössischen Räten zu tun! Klar gibt es Vorschriften des Bundes. Aber die MotionärInnen haben ihre Forderung mit Fachleuten abgeklärt und kamen zum Schluss, dass 18 Monate realistisch sind. Selbstverständlich gibt es in allen Verfahren Ausnahmen. Können diese begründet werden, ist das Problem gelöst. Wie ich mehreren Voten entnehmen kann, besteht grundsätzlich grosser Konsens. Auch Herr Leuenberger meinte, das Anliegen sei eigentlich sympathisch. Die Auseinandersetzung ist rein formalistisch. 2015 führte der Stadtrat eine generelle Diskussion über die Gültigkeit von Vorstössen. Das Stadtratsbüro hat dazu Richtlinien erarbeitet, die der Gemeinderat akzeptiert hat. Diese Richtlinien sehen vor, dass das Stadtratsbüro die Vorstösse eingangs prüft und den Urhebenden allfällige Unstimmigkeiten mitteilt. Der vorliegende Vorstoss wurde als Motion eingereicht und als solche akzeptiert. Er wurde nicht für ungültig erklärt. Der Entscheid, eine Umwandlung der Motion in ein Postulat zu beantragen, wurde anderswo getroffen. Die Diskussion zeigt, dass dies eine Interpretationsfrage ist. Herr Leuenberger interpretiert die Motionsfähigkeit anders als Ratssekretariat und Stadtkanzlei. Darum bitte ich den Stadtrat, die Motion erheblich zu erklären, um Nägel mit Köpfen zu machen.

Augsburger-Brom Dana, SP: Die von Herrn Freuler erwähnten Richtlinien regeln klar, wer über die Motionsfähigkeit entscheiden darf. Nun wurde von den Zuständigen entschieden, dass der Vorstoss motionsfähig ist. Das kann so oder so interpretiert werden. Es gibt ein Verfahren, das der Stadtrat einzuhalten hat. Von mir aus gesehen ist der Vorstoss motionsfähig. Ich bin aber ans Rednerpult gekommen, um nochmals über die Personalaufstockung zu sprechen. Es freut mich, dass Herr Leuenberger auf dieses Thema eingegangen ist. Dabei geht es gar nicht um eine linke Idee. In der Beantwortung steht, dass eine Personalaufstockung Teil der Lösung sein kann und dies auch von einer externen Beraterfirma empfohlen wird. Der Vorschlag stammt also nicht von mir... Deshalb weiss ich nicht, worauf noch gewartet wird, wenn das Problem gelöst werden könnte.

Cadetg Leonhard, FDP: Der Fraktion FDP ist bewusst, dass die erwähnten Richtlinien angewandt werden müssen. Das Stadtratsbüro hat im Sinn, dies systematisch zu tun und prüft jeden Vorstoss. Ich persönlich finde diesen Vorstoss nicht motionsfähig und es ist egal, ob ihn der Stadtrat als Motion oder als Postulat überweist. Der Gemeinderat kann keinesfalls zum Handeln verpflichtet werden.

Gugger Reto, BDP: Die Motionsfähigkeit ist schwierig zu beurteilen. Manchmal gibt es zwischen Weiss und Schwarz ganz viel Grau. Je näher der Grauton in der Mitte ist, desto schwieriger ist die Beurteilung. Mir scheint es wichtig, dass vorliegend ein Thema angesprochen wird, das "unter den Nägeln brennt". Der Stadtrat weiss ganz genau, wieviele Kinder in Biel geboren werden, wieviele in den Kindergarten und in die Schule kommen. Aber weiss er auch genau, welche AusländerInnen hier wohnen? Ist bekannt, wieviele Personen mit Aufenthaltsbewilligung B in Biel wohnen, die alle Jahre bei den Einwohnerdiensten vorsprechen müssen? Ist bekannt, wieviele Personen mit Niederlassungsbewilligung C nur alle fünf Jahre vorbeigehen müssen?

Ist aufgrund dieser Zahlen eine Personalplanung möglich? Können überhaupt alle hängigen Fälle innert nützlicher Frist bearbeitet werden? Ich bin mir nicht sicher und dazu gibt es auch keine teuren Studien. Entsprechend muss hingeschaut werden. Ich bin überzeugt, wenn der Stadtrat von der Direktion Soziales und Sicherheit (DSS) einen gut begründeten und dokumentierten Antrag für Stellenschaffungen erhält und allenfalls sogar Kompensationen in anderen Direktionen möglich sind, werden sich auch die Bürgerlichen nicht dagegen wehren, diese Stellen zu schaffen. Der Antrag muss aber gut begründet, nachvollziehbar und logisch sein. Ich rate den MotionärInnen, den Vorstoss als Postulat erheblich erklären zu lassen, so dass das Thema aktuell bleibt und nicht vergessen geht.

Grupp Christoph, Grüne: Ich will mich nicht inhaltlich zum Thema äussern, sondern zur Motionsfähigkeit. Ich glaube, der Stadtrat hat ein Interesse daran, dass diesbezüglich Klarheit herrscht, ansonsten drehen wir uns im Kreis. Die Punkte 1 und 2 der Motion enthalten klare Zielsetzungen, die im Text sogar fett hervorgehoben werden, nämlich eine Maximalfrist für Einbürgerungsverfahren von 18 Monaten sowie das Ermöglichen eines Vergleichs mit den umliegenden Gemeinden. Im Text zu Punkt 3 wird zwar nichts explizit fett hervorgehoben, aber es geht um die Zielsetzung, den Gesuchstellenden gegenüber transparent zu informieren. Auch Punkt 4 enthält eine Zielsetzung, nämlich bis wann die Umsetzung zu erfolgen hat. Es ist richtig, dass es in die Zuständigkeit des Gemeinderats fällt zu entscheiden, wie die Aufgaben des Gemeinwesens gelöst werden sollen. Die Festlegung der massgeblichen Prozesse und die Verwaltungsorganisation gehen den Stadtrat eigentlich nichts an. Er kann diese aber allenfalls von der GPK kontrollieren lassen. Der Stadtrat kann aber sehr wohl festlegen, nach welchen Zielsetzungen der Gemeinderat zu handeln hat. Die Motion wurde von den zwei zuständigen Juristinnen geprüft. Diese haben entschieden, dass der Vorstoss motionsfähig ist. Darum wurde er als Motion bearbeitet. Ich finde es inakzeptabel, dass der Gemeinderat diesen juristisch geprüften Entscheid nun in eigener Regie über den Haufen werfen will. Von mir aus gesehen ist der Vorstoss klar motionsfähig.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Das Anliegen dieses Vorstosses geht für den Gemeinderat in die richtige Richtung. Der Gemeinderat weiss und erkennt, dass Handlungsbedarf vorliegt. Er hat nicht eben erst vorgestern hingeschaut, sondern hat schon viel früher angefangen, sich mit der Thematik zu beschäftigen. Es war dem Gemeinderat in einem ersten Schritt aber wichtig, die Optimierungsmöglichkeiten der heutigen Strukturen mit dem bestehenden Personal zu prüfen und mögliche Optimierungsschritte zu realisieren. Diese Reorganisation wurde bereits vor ungefähr anderthalb Jahren angegangen. Heute sind erste Verbesserungen sichtbar. Die durchschnittlichen Wartezeiten konnten gesenkt werden. Biel steht im Vergleich zu anderen Gemeinden nicht mehr schlecht da, auch wenn die Wartezeiten in Einzelfällen noch immer lang sind. Der Gemeinderat ist aber mit den Urhebenden des Vorstosses einverstanden, dass weiterhin Handlungsbedarf besteht. Dabei ist die Dauer des Einbürgerungsverfahrens lediglich eines der Themen. Es gibt auch andere, die meine Direktion angehen will. Sie wurden zum Teil erwähnt. Es geht um Weiterbildung für die Mitarbeitenden, Prozesse in ganz verschiedenen Bereichen und Fristen für verschiedene Dienstleistungen. Der Gemeinderat unterstützt aber das Anliegen der Motion. Zur Motionsfähigkeit will ich nichts wiederholen, sondern kann mich Herrn Suter anschliessen. Allerdings kam es bei der Beurteilung zu gewissen Missverständnissen. Es ist aber ganz klar, dass der

Vorstoss materiell gar nicht umgesetzt werden kann. Es ist schlicht unmöglich, jedes Einbürgerungsverfahren innert 18 Monaten abzuschliessen. Es gibt verschiedenste Situationen, aufgrund derer die 18 Monate nicht eingehalten werden können, selbst wenn man das noch so gerne hätte. Ich nehme ein Beispiel: Eine einbürgerungswillige Person hat früher Sozialhilfe bezogen und ist jetzt daran, die Gelder zurückzuzahlen. Es ist absehbar, dass die Schuld in nächster Zeit rückerstattet werden kann. Ein anderes Beispiel: Eine einbürgerungswillige Person hat noch keine Aufenthaltsbewilligung C. Es ist aber absehbar, dass diese innerhalb der nächsten zwei Jahre ausgestellt wird. In solchen Fällen muss das Dossier für eine gewisse Zeit sistiert werden und wird erst weiterbehandelt, wenn das Hindernis für die Einbürgerung wegfällt. Dies geht aber oft nicht nur ein paar Wochen, sondern unter Umständen Monate oder Jahre. Es gibt einfach Umstände, unter welchen selbst bei optimalster Organisation die Fristen nicht eingehalten werden können. Ich kann dem Stadtrat aber versichern, dass niemand willentlich daran gehindert wird, den Schweizer Pass zu erhalten. Es liegt vielmehr ein strukturelles Problem vor, das der Gemeinderat angehen will.

Herr Gugger, der DSS ist bekannt, wieviele Personen in Biel über einen Ausländerausweis B, C, F oder N verfügen. Hinter Ihrer Frage steckt natürlich die Überlegung, ob die Direktion die Personalressourcen entsprechend ausgerichtet hat. Das ist genau eine der Fragen, über welche meine Direktion einen Benchmark gemacht hat. Sie hat überprüft und mit anderen Städten wie Zürich oder Bern verglichen, wie das Verhältnis zwischen aus- und inländischer Bevölkerung aussieht. Aufgrund dieses Benchmarks (und nicht nur aufgrund subjektiver Eindrücke) wurde festgestellt, dass die Stadt Biel tatsächlich Handlungsbedarf hat. Deshalb gibt es nun Ansätze, mit temporärem Personal zu arbeiten, um den Rückstau bei den Einbürgerungsgesuchen abzubauen. Gleichzeitig muss aber auch der Stellenplan für die anfallenden Arbeiten angepasst werden. Herr Baltzer sagte richtig, dass es einen entscheidenden Einfluss auf die Behandlungsdauer hat, wie oft ein Dossier in die Hand genommen werden muss. Solche Überlegungen macht sich auch der Gemeinderat nach wie vor. Er beantragt die Umwandlung in ein Postulat nicht, weil er nicht handeln will. Vielmehr begrüsst er die Überlegungen und die Stossrichtung des Vorstosses. Aber es ist ihm aus formellen Gründen nicht möglich, die Anliegen des Vorstosses als Motion zu erfüllen.

Ordnungsantrag

Baltzer Niklaus, SP: Ich stelle den **Ordnungsantrag eine Pause zu machen** und erst danach abzustimmen, damit bei den Stadratsmitgliedern die Emotionen etwas abkühlen können.

Abstimmung

- über den Ordnungsantrag

Der Ordnungsantrag wird abgelehnt.

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident: Wir kommen also zur Abstimmung über die dringliche überparteiliche Motion 20160307.

Abstimmung

- über den Antrag der Urhebenden, die Motion 20160307 erheblich zu erklären

Der Antrag der Urhebenden wird vom Stadtrat abgelehnt. Die Motion wird somit nicht erheblich erklärt.

27. Begründung der Dringlichkeit der Interpellation Susanne Clauss und Anna Tanner, Fraktion SP, Glenda Gonzalez, Fraktion PSR, "Teilrevision Sozialhilfegesetz, ausgesetzte Vernehmlassung durch RR Schnegg und die Folgen für die Gemeinde Biel"

Clauss Susanne, SP: Im Januar machte Regierungsrat Schnegg seinen neusten Entwurf zur Teilrevision des Sozialhilfegesetzes (BSG 860.1) öffentlich. Es sind einschneidende Änderungen vorgesehen. Mich erschütterte, dass sich der Gemeinderat dazu sehr positiv äusserte, obwohl der Regierungsrat ausdrücklich auf eine Vernehmlassung verzichtete. Gemäss Art. 5 der Verordnung über das Vernehmlassungs- und das Mitberichtsverfahren (BSG 152.025) muss grundsätzlich ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt werden. Nur in speziellen Fällen von untergeordneter Bedeutung kann darauf verzichtet werden. Ich glaube kaum, dass eine Revision des Sozialhilfegesetzes für Biel von untergeordneter Bedeutung ist... Deshalb finde ich, dass sich der Gemeinderat gegen ein solch verordnungswidriges Vorgehen wehren soll. Da das Sozialhilfegesetz spätestens 2018 vom Grossrat verabschiedet werden soll, ist meine Interpellation dringlich zu beantworten.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

28. Begründung der Dringlichkeit des Postulats Judith Schmid, PdA, "Biel soll sich dem europaweiten Netzwerk von Zufluchtsstädten anschliessen"

Schmid Judith, PdA: Die Situation ist im Moment sehr akut und spitzt sich immer weiter zu. Darum ist dringendes Handeln notwendig.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch 19.30 Uhr - 20h40

29. Postulat 20160235, Lena Frank, Fraktion Grüne, Anna Tanner, Fraktion SP, "Bieler Bürgerinnen und Bürger zu Schweizerinnen und Schweizer machen"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Frank Lena, Fraktion Grüne: Ich bedanke mich beim Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats, welche allerdings nicht ganz zu unserer Zufriedenheit ausgefallen ist. Uns ist bewusst, dass es um strittige Forderungen geht, die zum Teil auch auf linker Seite zu diskutieren geben. Viele Einbürgerungswillige machen den Schritt hin zur Einreichung des Gesuches nicht. Das liegt einerseits an materiellen Hürden, beispielsweise den für sie zu hohen Gebühren, insbesondere für ganze Familien. Andererseits gibt es auch immaterielle Hürden. Das kann Prüfungsangst sein, eine starke Verbundenheit mit dem Ursprungsland oder dass sich die Person in der Schweiz nicht willkommen fühlt. Gegen die ersten beiden Gründe kann die Stadt effektiv nicht viel unternehmen. Allerdings hätte sie die Möglichkeit, Kosten zu erlassen oder zu reduzieren. Zudem könnte sie mittels guter Information dazu beitragen, dass sich die Zuwandernden in Biel nicht nur zu Hause, sondern auch willkommen fühlen. Hier setzt unser Vorstoss an. Der Gemeinderat weist in seiner Antwort zum ersten Punkt darauf hin, dass ein Erlass der Einbürgerungsgebühren ungleich lange Spiesse schaffen würde, weil dann SchweizerInnen für Dienstleistungen der Gemeinde bezahlen müssten, nicht aber einbürgerungswillige Personen. Nach der Einbürgerung bezahlen diese Personen aber für die genau gleichen Dienstleistungen wie SchweizerInnen. Darum **halten wir am ersten Punkt, auf die Erhebung von Einbürgerungsgebühren zu verzichten, fest und beantragen, diesen nicht abzuschreiben.** Zudem beharren wir auch auf der vierten Forderung, AusländerInnen, die die Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllen, schriftlich einzuladen, BürgerInnen der Stadt Biel und der Schweiz zu werden. Die Antwort des Gemeinderates zeigt, dass dies nicht eingehend geprüft wurde. Die schriftliche Information von Einbürgerungswilligen muss nicht zwingend per Post nach Hause geschickt werden. Denkbar ist auch ein Infoblatt, das beispielsweise bei einer Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung oder ab 2018, nach der Verschärfung des eidgenössischen Bürgerrechtsgesetzes (SR 141.0), bei Erhalt des Niederlassungsausweises C abgegeben werden könnte. Auch die Haltung des Gemeinderates, dass den Personen durch die Information quasi der "Speck durch die Nase gezogen wird" und sie dann bei Nichteinbürgerung enttäuscht wären, zeigt, dass dieses Anliegen zu wenig geprüft wurde. Es ist durchaus möglich, ein Informationsblatt so zu formulieren, dass es die Bedingungen für die Einbürgerung klar aufzeigt. Das Informationsblatt könnte auch ein Anreiz dafür sein, sich vertiefter zu informieren und sich zu integrieren, sollten die betreffenden Personen realisieren, dass sie noch nicht alle Bedingungen für eine Einbürgerung erfüllen. Die Information könnte niederschwellig erfolgen, so dass nicht allzu hohe Kosten entstünden. **Die Urhebenden beantragen deshalb, auch Punkt 4 nicht abzuschreiben.**

Kaufmann Stefan, FDP: Der Stadtrat diskutiert heute schon lange über Einbürgerungen. Es wurde schon gesagt, dass für die Bearbeitung der Dossiers unbedingt Personal aufgestockt werden soll. Der vorliegende Vorstoss übertrifft diese

Forderung noch. Einerseits soll die Stadt auf Gebühren verzichten und andererseits sollen AusländerInnen dazu gebracht werden, sich einzubürgern. Ich finde, das geht etwas weit. Ich weiss nicht, ob die Stadt Biel effektiv einen so grossen Effort leisten soll. Die Fraktion FDP wäre bereit, dem Gemeinderat zu folgen, das Postulat erheblich zu erklären und abzuschreiben. Aber wenn die Urhebenden darauf beharren, das Postulat aufrecht zu erhalten, lehnen wir es ab. Ich bitte, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Tanner Anna, SP: Wie Herr Kaufmann gesagt hat, diskutiert der Stadtrat heute schon lange über Einbürgerungen. Deshalb wollen wir nicht mehr länger darüber diskutieren. Aber das Postulat enthält zwei Punkte, die etwas Anderes ansprechen und nicht unbedingt Mehraufwand generieren. Insbesondere die Forderung, AusländerInnen, die die Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllen, schriftlich einzuladen, BürgerInnen der Stadt Biel und der Schweiz zu werden (Punkt 4), kann schnell erledigt werden. Das geforderte Informationsblatt wäre wirklich wichtig. Dadurch könnten längerfristig sogar Kosten gespart werden. Personen mit Schweizer Pass haben nämlich nachweislich einen leichteren Zugang zum Arbeits- und Wohnungsmarkt, so dass Sozialhilfekosten entfallen dürften. Der Stadtrat muss auch daran denken. Ich möchte dem Stadtrat deshalb beliebt machen, wenigstens Punkt 4 nicht abzuschreiben. Ich kenne auch ganz viele Beispiele von Personen, die schon lange hier leben und womöglich Kinder haben und die im Arbeitsalltag gut integriert sind. Es handelt sich um gut ausgebildete Personen. Das sind übrigens die meisten, die sich auch einbürgern lassen wollen, also Personen, bei denen die Unterschiede zu SchweizerInnen minim sind...

Güntensperger Nathan, GLP: Eigentlich wollte ich ganz viel zu den Punkten 2 und 3 des Vorstosses sagen. Ich habe immer ein bisschen Mühe mit der Ansicht, das Auflegen von Flyern nütze etwas. Wer Sozialhilfe bezieht oder nicht fähig ist, für sich und die eigene Familie aufzukommen, kann sowieso nicht SchweizerIn werden. Im Prinzip werden mit Flyern diejenigen, die sich nicht einbürgern lassen können, über die Möglichkeit der Einbürgerung informiert. Für mich ist das eine zweischneidige Sache. Prinzipiell geht es um etwas, das ganz einfach umgesetzt werden könnte. Ich gehe mit Herrn Kaufmann einig, dass der Druck auf die Einwohnerdienste erhöht würde. Dort besteht schon jetzt ein Rückstau. Werden nun die Einbürgerungen noch gefördert, wird der Rückstau umso grösser. Es ist deshalb fragwürdig, ob das getan werden sollte. Zum Gebührenerlass ist zu sagen, dass die Stadt kein Geld für Geschenke hat. Für mich ist das sehr fragwürdig. Ich denke aber, die Fraktion GLP kann Punkt 4 grösstenteils unterstützen, Punkt 1 aber ganz sicher nicht.

Tanner Anna, SP: Vielen Dank für diese Zusage. Genau aus diesem Grund möchte ich, dass der Stadtrat über die Punkte 1 und 4 separat abstimmt.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Ich kann mich dem Votum von Herrn Kaufmann vollständig anschliessen. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen teilt die Meinung von Frau Frank, dass eine Einbürgerung kein Privileg oder keine Ehre sei, gar nicht. Im Gegenteil, wir sind davon überzeugt, dass die Einbürgerung klar der krönende Abschluss einer erfolgreichen Integration ist. Darum wird die Fraktion SVP/Die Eidgenossen auch ganz klar dem Gemeinderat folgen.

Meyer Miro, JUSO: Für die Bürgerlichen ist Leistung sehr wichtig. Gerade auch sie haben aber eben nichts dafür geleistet, dass sie in der Schweiz geboren wurden. Das war vielmehr Zufall... Mich nimmt jetzt schon wunder, wie sie moralisch eine Gebühr für etwas rechtfertigen können, wofür sie doch selber nichts geleistet haben.

Bohnenblust Peter, FDP: Vorliegend geht es um ein Postulat. Das heisst, der Gemeinderat soll etwas prüfen. Er hat die Arbeit gemacht und hat das Postulat eingehend geprüft. Bezüglich der vier Punkte kam der Gemeinderat zum Schluss, dass er diese nicht umsetzen will. Zu den Gebühren wurde bereits einiges gesagt. Eine Gebühr wird geschuldet, weil eine staatliche Leistung beansprucht wird. Diese Gebühr ist von allen zu bezahlen, die SchweizerIn werden wollen. Eine Gratis-Einbürgerung wäre aus meiner Sicht ein falsches Zeichen. Punkt 2 fordert, dass die Stadt bei Secondos und Secondas zusätzlich die kantonalen Einbürgerungsgebühren übernehmen soll, was dem Gleichbehandlungsgebot widerspricht. Ich wusste nicht, dass sich die Linke nicht für die Gleichbehandlung einsetzt... Im dritten Punkt geht es um die Behandlungsdauer von Einbürgerungsgesuchen. Darüber wurde heute bereits ausgiebig diskutiert. Diese Verfahrensdauer ist willkürlich. Die Prüfung ergab, dass die Verfahrensdauer von anderthalb Jahren nicht gewährleistet werden kann. Darum muss dieser Punkt abgelehnt werden. Auch zum vierten Punkt hat der Gemeinderat eine sachliche Argumentation geliefert und gesagt, dass umfassende Abklärungen notwendig wären. Durch diese würden wieder Personen und Mittel gebunden, die aber andernorts sinnvoller eingesetzt werden können. Deshalb sollte das Postulat vernünftigerweise abgeschrieben werden.

Wiher Max: Die Fraktion GLP ist ganz klar gegen Punkt 1, denn er widerstrebt uns. Zu den Punkten 2 und 3 will ich mich gar nicht äussern. Punkt 4 hingegen finde ich sehr interessant, weil es um Information und Transparenz geht, was die Fraktion GLP grundsätzlich unterstützt. Nur gibt es dazu ganz verschiedene Umsetzungsmöglichkeiten. Die Forderung gemäss Vorstoss wäre tatsächlich mit einem sehr grossen Aufwand verbunden. Es stellt sich die Frage, ob Aufwand und Ertrag in einem sinnvollen Verhältnis stehen. Ich persönlich finde nicht, aber ich sehe eine Möglichkeit, den Aufwand extrem zu verringern, nämlich wenn es eine Holschuld wäre. Beispielsweise könnte die Stadt Biel einen Flyer gestalten, der bei verschiedenen Orten, beispielsweise im Multimondo oder bei städtischen Stellen bezogen werden könnte. Dies würde relativ wenig Aufwand generieren und hätte dieselbe Wirkung. Dem könnte meine Fraktion zustimmen. Aber das müsste zuhanden des Protokolls präzisiert werden. Ich wäre froh, wenn die Urhebenden präzisieren könnten, was unter Punkt 4 gemeint ist.

Gugger Reto, BDP: Danke für Ihr Votum, Herr Wiher. Das Beispiel mit der Hol- und Bringschuld muss ich nun nicht mehr erwähnen. Sollte es eine Holschuld sein, möchte ich die Stadtratsmitglieder darauf aufmerksam machen, dass alle Informationen auf der städtischen Website verfügbar sind. Klick! Wohnen Klick! Einbürgerung Klick! Dort steht auf Deutsch und auf Französisch alles, was es braucht, um sich in Biel einbürgern zu lassen. Ich glaube, damit hat der Gemeinderat seine Informationspflicht erfüllt. Darum kann man Punkt 4 getrost abschreiben.

Baltzer Niklaus, SP: Ich finde, Punkt 4 sollte nicht so streng gehandhabt werden, wie er formuliert wurde. Wenn die Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllt sind, sollte die betreffende Person informiert werden. Der Anforderungskatalog ist umfassend und

mit Erfüllung desselben ist die Einbürgerungsprüfung schon beinahe bestanden. Vorliegendes Postulat könnte aber auch anders verstanden werden: Sind die Rahmenbedingungen erfüllt (und das sind nicht so viele), sollten die betreffenden Personen angeschrieben und darauf aufmerksam gemacht werden, wie sie sich einbürgern lassen können. So interpretiere ich diesen Punkt. Die vorliegende Auslegung ist vielleicht ein bisschen zu streng. Aber ich denke, es geht darum, gegenüber der Bevölkerung ein Zeichen zu setzen, die es eigentlich verdient hat, Erinnerungsschreiben der Stadt zu erhalten. Das heisst aber noch lange nicht, dass die Angeschriebenen die Einbürgerungsbedingungen auch alle erfüllen.

Fischer Pascal, Die Eidgenossen: Ich wiederhole, was Frau Schneider vorhin gesagt hat. Ich finde, SchweizerIn zu werden, ist eine Ehre. Aus irgendeinem Grund sind die AnwärterInnen in die Schweiz geflüchtet und wollen nicht mehr weg. So sollte es eigentlich eine Ehre sein, in diesem Land aufgenommen zu werden. Herr Meyer, wir SchweizerInnen können nichts dafür, hier geboren worden zu sein. Aber auch für uns ist das Leben hier nicht günstig. Ziehe ich weg, muss ich als erstes Gebühren für einen neuen Niederlassungsausweis und mehr bezahlen. Punkt 4 ist unnötig. Wenn ich mich in einem fremden Land integriert habe, weiss ich, dass ich mich einbürgern lassen kann, muss mich allerdings offensiv darum bemühen. Ich brauche dafür keine Einladung der Stadt im Sinne: "Bitte, bitte, bitte lieber Pascal, werde doch Bieler Bürger!" Soweit sind wir (noch) nicht (*Gelächter im Saal*). Darum sollte der Vorstoss abgeschrieben werden.

Frank Lena, Grüne: Herr Wiher, Sie haben mich um eine Präzisierung ersucht. Das habe ich in meinem Eingangsvotum bereits gemacht. Ich bin auch froh um das Votum von Herrn Baltzer. Die Fraktion Grüne kann sich vorstellen, dass beispielsweise ein Flyer bei den Einwohnerdiensten aufgelegt wird. Sicher gibt es noch andere Möglichkeiten. Aus der Beantwortung wird aber klar, dass diese Möglichkeiten nicht eingehend geprüft wurden. Mit seiner Idee, die Betroffenen direkt anzuschreiben, nimmt der Gemeinderat die Formulierung im Vorstoss sehr wörtlich. Ich denke, es gibt noch andere Möglichkeiten, Einbürgerungswillige zu informieren. Zudem finde ich es wichtig, zu erfahren, welche Einbürgerungsmöglichkeiten es gibt und welche Rahmenbedingungen für eine Einbürgerung erfüllt sein müssen, bevor eine eingehende Prüfung erfolgt.

Diop Mamadou, PSR: Je pense qu'il est nécessaire de le rappeler et si je ne me trompe pas (Monsieur Feurer peut me reprendre), nous vivons dans un pays où les lois communales, cantonales et fédérales s'entrechoquent. Certaines personnes de nationalité suisse s'étonnent que mes amis aient ce genre de problèmes, mais malheureusement chaque pays a sa manière de fonctionner. Chaque cinq an ou dix an les lois changent et cela représente un problème pour les candidats à la naturalisation. Actuellement, à Bienne, la personne qui souhaiterait se naturaliser présente un dossier complet au Service de naturalisation. Cet office statue sur la recevabilité du dossier et le cas échéant demande au candidat à la naturalisation de reprendre son dossier afin de le compléter. Le Conseil de ville doit s'unir, indépendamment des idées politiques, et résoudre ce problème, car chaque parlementaire connaît des personnes de nationalité étrangère, qui pourraient se trouver dans cette situation d'attente. À mon avis, la Suisse est connue pour être un petit pays ouvert et en tant que migrant, je suis heureux de ne pas avoir connu de problèmes, lors de ma demande de naturalisation. Bienne est une vie qui accueille

plus de 100 nationalités différentes. Elle peut donc être considérée comme une ville ouverte. Alors pourquoi continuer à s'arc-bouter contre ce problème. Selon moi, il y a un manque de personnel, qui entraîne ces retards importants dans le traitement des dossiers. Monsieur Feurer, le Conseil de ville est là pour vous aider, si vos collègues n'entendent pas vos demandes. Il y a une forte augmentation des affaires du ressort de la Direction de l'action sociale et de la sécurité, qui doivent être traitées. On constate déjà une amélioration du point de vue de la sécurité à Bienne et la file d'attente au Service de la population a clairement diminuée, mais il faut toujours progresser et essayer de faire mieux. Sie sagen immer, die Ausländer müssen integriert sein. Ja genau, Herr Feurer, aber Sie müssen auch Ihre Türen etwas öffnen.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Vielen Dank für die angeregte und interessante Diskussion. Sie zeigt gleichzeitig die Limiten und Möglichkeiten der städtischen Informationstätigkeit bezüglich Einbürgerung auf. Je vous donne raison, Monsieur Diop. J'ai eu beaucoup d'expériences avec la population étrangère de différentes nations avant que je devienne Conseiller municipal. Je me suis rendu au Service de la population et j'ai observé comment le processus de naturalisation se faisait. En général, j'ai remarqué que toutes ces personnes étrangères connaissent les documents nécessaires au bon déroulement de la procédure. Il y a environ deux ans, une votation sur les conditions cadres pour la naturalisation a eu lieu. Le lendemain de cette votation, j'ai été contacté par deux personnes de nationalité étrangère. Elles connaissaient déjà les changements de la procédure. Donc, il ne faut pas sous-estimer nos concitoyens et concitoyennes de nationalité étrangère, car ils et elles sont intelligent(e)s et ont des ressources.

Zum Vorstoss selber: Gebühren unterliegen dem Äquivalenzprinzip, das heisst, Gebühr und Dienstleistung müssen verhältnismässig sein. Gebühren decken immer eine Gegenleistung ab. Das ist bei den Einbürgerungen genauso. Einbürgerungswillige bezahlen eine Gebühr, der aber nicht irgendein Papier, sondern eine Dienstleistung gegenübersteht. Die Tätigkeit der städtischen Mitarbeitenden hat einen Wert und muss abgegolten werden. Der Gemeinderat ist diesbezüglich insofern nicht frei. Es kann beispielsweise einer Gruppe die Gebühren nicht erlassen und einer anderen Gruppe die Gebühren erhöhen, um die Einnahmen zu kompensieren. Der Gemeinderat hat diesbezüglich keine Kompetenzen. Frau Frank, der Gemeinderat hat den Vorstoss gelesen. Unter Punkt 4 steht: "... sind schriftlich einzuladen ...". Somit hatte der Gemeinderat keinen Interpretationsspielraum, wie Ihr Anliegen gemeint war. Der Gemeinderat hat das Anliegen aber geprüft, wie Sie dies verlangt haben. Heute Abend haben Sie vernünftigerweise von einem Informationsblatt gesprochen. Die Direktion DSS verfügt aber bereits über Informationsmaterial, das den Einbürgerungswilligen zur Verfügung gestellt wird. Ebenso hat Multimondo solches Informationsmaterial und berät auch Einbürgerungswillige. Somit ist schon alles vorhanden. Wer sich einbürgern lassen will, bekommt das Material auch ausgehändigt. Das Verfahren ist aber nicht für alle gleich. Es gibt ein Standard-Einbürgerungsverfahren, ein erleichtertes Einbürgerungsverfahren und ein Einbürgerungsverfahren für Personen in einer Partnerschaft. Dementsprechend gibt es verschiedene Prozesse. Das ist aber wie gesagt alles dokumentiert und die zuständigen Dienststellen geben das Material schon heute ab. Darum empfehle ich dem Stadtrat, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen und das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Gonzalez Glenda, PSR: Je n'ai pas envie de prolonger le débat mais, toutefois, il m'est apparu quelque chose de très intéressant, concernant le processus de naturalisation. Au point 3 de la réponse du Conseil municipal, il y est écrit: "*Le Conseil municipal considère qu'atteindre une durée de traitement s'établissant entre un et deux ans est un objectif réaliste*". Cette information est contraire à ce que plusieurs personnes ont affirmé à la tribune, ce soir.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Madame Gonzalez, je souhaite juste préciser que ce n'est pas réaliste d'appliquer une telle durée de traitement pour tous les dossiers, mais le traitement de la plupart des dossiers est envisageable en moins de deux ans. Il faut bien faire cette différence pour cette question.

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident: Dem Wunsch von Frau Tanner entsprechend stimmen wir über die Punkte 1 und 4 separat ab.

Abstimmungen

- über den Antrag der Postulantinnen, Punkt 1 erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben

Der Antrag wird abgelehnt.

- über den Antrag der Postulantinnen, Punkt 4 erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben

Der Antrag wird angenommen.

Der Antrag des Gemeinderates zu den Punkten 2 und 3 wird nicht bestritten. **Somit werden die Punkte 1-3 des Postulats erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben, Punkt 4 wird erheblich erklärt.**

30. Dringliches überparteiliches Postulat 20160305, Fritz Freuler, Fraktion Grüne, Alfred Steinmann, Fraktion SP, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Nathan Güntensperger, GLP und Pascal Bord, PRR, "Gemeinsam gegen die ruinöse Unternehmenssteuerreform (USR) III – für den Erhalt des Service public und der Bieler Gemeindeautonomie"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat das Postulat als erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Freuler Fritz, Grüne: Den Dank für die ausführliche und inhaltlich gute Antwort haben wir gestern schon ausgesprochen und dem Gemeinderat und dem Steuerverwalter Blumen verteilt. Nun möchte ich mich noch zum vorliegenden Postulat äussern. In den letzten Jahren fielen die Budgetdebatten im Stadtrat jeweils sehr hart aus und zahlreiche Budgetposten waren sehr umstritten. Als Koordinator

der Bewegung "Biel für Alle - Bienne pour tous" habe ich erlebt, dass die Sparrespektive die Abbaumassnahmen die Schmerzgrenze erreichten. Die letzten Volksabstimmungen über das städtische Budget haben dies gezeigt. Die Solidarität mit den sozialen und kulturellen Institutionen der Stadt (inklusive dem Schachfestival), die weggespart werden sollten, ist hoch, weil diese Institutionen für unser Zusammenleben von hohem Wert sind. Es ist eine Tatsache, dass die Ausgaben der Stadt Biel nicht weiter gesenkt werden können. Die Zitrone ist ausgepresst. Biel hat schon seit einiger Zeit ein Problem bei den Einnahmen. Das weiss auch der Gemeinderat, weshalb er bereits für das Budget 2014 eine Erhöhung des Steuerfusses beantragte. Die wichtigste Ursache für die schwierige finanzielle Situation der Stadt ist der Rückgang des Steuerertrags von über CHF 14 Mio. aufgrund früherer Steuerreformen bei Bund und Kanton in den letzten Jahren. Der Stadt Biel stehen also nur noch bescheidene Mittel zur Aufgabenerfüllung zur Verfügung. Wie der Gemeinderat gestern kurz ausführte, ist es darum jetzt wichtig, dass das Engagement für unsere Stadt und die Finanzen weitergeführt wird. Mit der Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III (USR III) wurde zwar ein Sieg errungen, aber noch sind wir nicht am Ziel. Als nächsten Schritt gilt es, im Rahmen der Reform die heutigen Steuerprivilegien für Kapitalgesellschaften abzuschaffen, und dies ohne Steuersenkungsreform. Die breite Ablehnung der USR III war ein Lichtblick. Sie könnte eine steuerpolitische Kehrtwende bedeuten, eine Abkehr von absurden Steuergeschenken hin zu mehr Ausgleich zwischen den Städten und dem Land, den Kantonen, der Schweiz und schlussendlich auch in Europa. Dieser Ausblick liesse auf mehr Gerechtigkeit und damit auch sozialen Zusammenhalt hoffen, welche eine Gesellschaft so lebenswert machen. Zum Schluss möchte ich der grossen Mehrheit hier im Stadtrat für die nicht selbstverständliche überparteiliche Unterstützung für das Postulat danken. In der Hoffnung, dass das Engagement für die Stadt Biel in dieser Sache weitergeht, bin ich mit der Abschreibung des Postulats einverstanden.

Ordnungsantrag

Gugger Reto, BDP: Gestern gab es mehrere Fraktionserklärungen zur Unternehmenssteuerreform III. Daher befürchte ich, dass sich auch in der Diskussion zum vorliegenden Vorstoss etliche Stadratsmitglieder noch einmal in Szene setzen möchten. **Deshalb beantrage ich, zu diesem Postulat keine Diskussion zu führen, sondern direkt zur Abstimmung überzugehen.** Vergangenheitsbewältigung ist keine Politik...

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident: Da sich Herr Güntensperger bereits vor dem Ordnungsantrag gemeldet hat, erteile ich ihm vorgängig noch das Wort.

Güntensperger Nathan, GLP: Ich kann mich über weite Teile Herrn Freuler anschliessen. Ich habe zwar nicht ganz die gleichen Beweggründe. Aber einen Beweggrund hatte ich auch. Ich denke an die Ausfälle für Gemeinden und Städte, die sich nicht am ruinösen Wettkampf für die tiefsten Steuersätze beteiligt haben und nun dafür bezahlen müssen, was ihnen andere eingebrockt haben. Aber der Kampf ist, wie Herr Freuler gesagt hat, noch nicht zu Ende. Es geht nicht nur um die USR III, sondern auch um die Steuerstrategie des Kantons Bern im Grossen Rat. Von dieser drohen noch immer Steuerausfälle von CHF 10 bis 13 Mio. für die Stadt Biel. Der

Kampf ist noch lange nicht zu Ende und ich möchte dem Gemeinderat nahelegen, sich weiterhin zu engagieren, so wie er es anlässlich der Volksabstimmung zur USR III gemacht hat. Der Kanton Bern muss davon wegkommen, Steuersenkungen zu beschliessen, unter welchen schlussendlich die Gemeinden leiden. Die Steuerstrategie des Kantons Bern muss die Bedürfnisse der Gemeinden berücksichtigen, ansonsten es einfach schwierig ist. Wird an einem Ort gespart, müssen dafür andernorts die Steuern erhöht werden. Am Schluss kommt es auf dasselbe heraus, nur bezahlen es nicht immer die gleichen... Darum bitte ich den Gemeinderat, die kantonale Steuerstrategie weiterhin zu bekämpfen.

Abstimmung

- über den Ordnungsantrag von Herrn Gugger, direkt zur Abstimmung überzugehen

Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

31. Dringliche Interpellation 20160309, Mohamed Hamdaoui, PSR, "Parkplätze: genauere Angaben nötig"

(Text der dringlichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 5)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**.

Hamdaoui Mohamed, PSR: Soit on est satisfait, soit pas satisfait de la réponse à une interpellation. Dans ce cas, je suis satisfait, mais je dois avouer que j'ai connu des moments plus extatiques. J'ai eu une voiture pendant deux mois et je me suis vite rendu compte, qu'elle ne me servait strictement à rien en Ville de Bienne. À cette époque, j'avais les moyens de financer un abonnement général CFF et ma santé était suffisamment bonne, pour pouvoir parcourir la Ville sans difficulté. Malheureusement, il faut tenir compte que la voiture est clairement nécessaire pour certaines personnes. Je ne souhaiterais donc pas, que la politique à Bienne se fasse au dépend des personnes qui ont des revenus faibles et un réel besoin de leur voiture. Or, j'ai le sentiment que l'on ne tient pas compte de ces personnes, suite aux discussions concernant les places de stationnement et parking. À l'avenir, j'aimerais que la politique d'écologie en tienne compte.

32. Dringliche Interpellation 20160308, Peter Bohnenblust, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, "Reglement gesunde Ernährung: Offene Fragen zu Umsetzung und Transparenz"

(Text der dringlichen Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Der Interpellant ist von der Antwort **nicht befriedigt**.

Bohnenblust Peter, FDP: Ich kann mich ob der Beantwortung nicht befriedigt erklären. Mir fehlt es immer noch an Transparenz. Ich bin insbesondere nicht befriedigt, weil auf zwei Fragen die Antworten fehlen, nämlich zu den Fragen 2 und 4. Zuerst zur Hauptfrage dieses Vorstosses (Frage 4): Es geht darum, die Situation vor und nach Einführung des Reglements über die gesunde Ernährung in städtischen Betreuungsstrukturen (SGR 811.01) zahlenmässig vergleichen zu können. Darum habe ich die Frage 4.1 gestellt. Die Antwort ist denn auch nur eine Teilantwort. Die effektiven Kosten pro Mahlzeit sind damit noch nicht ausgewiesen. Im Wissen darum, dass die Frist für die Beantwortung zu kurz sein dürfte, fragte ich unter 4.2, ob der Gemeinderat bereit ist, dem Stadtrat die verlangten Zahlen in einem separaten Bericht nachzuliefern. Wie aus der Beantwortung hervorgeht, sieht der Gemeinderat keinen Bericht an den Stadtrat und damit zu Händen der Öffentlichkeit vor. Vielleicht bin ich etwas formalistisch, aber Punkt 4.2 beauftragt den Gemeinderat, einen Bericht abzufassen. Er ist damit eigentlich als Postulat zu verstehen, dessen bin ich mir bewusst. Ich wollte mich aber bewusst kurz fassen, damit ich nicht noch ein Postulat einreichen muss. Aber sehr wahrscheinlich bin ich nun doch noch dazu gezwungen. Wie gesagt bleibt die Frage offen, wieviel die Mahlzeiten heute kosten. Wie soll man wissen, ob die Verpflegung heute teurer ist oder nicht? In Frage 2 habe ich den Gemeinderat gefragt, was geschieht, sollten die Kosten aufgrund des neuen Reglements doch höher ausfallen als früher. Seine Antwort ist lapidar: "*Siehe oben*", also in der Beantwortung von Frage 1. Dieser kann ich aber beim besten Willen nicht entnehmen, was der Gemeinderat machen will, sollten die Kosten höher ausfallen. Er schreibt nur, dass er dies "verifizieren" will. Es steht aber nirgends, was er danach tun will. Die Antwort auf Frage 2 fehlt somit. Was könnte der Gemeinderat machen? Er könnte das Reglement mit allen negativen kostentreibenden Konsequenzen anwenden. Das macht es für die Eltern oder für die Gemeinde teurer. Der Gemeinderat hat allerdings versprochen, genau dies nicht zu machen. Eine andere Möglichkeit wäre, dass der Gemeinderat nach einer anderen Lösung sucht. Eine dritte Möglichkeit wäre, dass der Gemeinderat beantragt, das Reglement in gewissen Punkten anzupassen. Der Gemeinderat bleibt die Antwort schuldig. Darum bin ich klar nicht befriedigt.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Cher Monsieur Bohnenblust, j'estime que nous partageons les mêmes soucis. In diesem Fall glaube ich, teilen wir die gleichen Sorgen. Ce sujet a déjà été longuement discuté lors des séances du Conseil de ville des 12 et 13 octobre 2016. Un rapport et des précisions ont été fournis au Conseil de ville par le Conseil municipal. Il est donc vrai, qu'il est difficile pour le Conseil municipal d'apporter encore plus de détails et précisions sur ce dossier, qui est très complexe. Je partage votre souci concernant le manque de clarté du chiffre obtenu pour le financement des repas pour les écoles à journée continue. En effet, les chiffres présentés représentent ce que la Ville paie au

fournisseur (SV Group) pour acheter les repas. Il paraît simple de vous fournir un chiffre plus précis, mais malheureusement ce calcul est d'une grande complexité, car c'est un métier et je ne suis pas hôtelier. Il n'y a aucune intention de cacher des informations, mais il faut patienter. Ces chiffres seront présentés de manière transparente et claire, y compris d'ailleurs les chiffres de la nouvelle solution, uniquement lorsqu'ils seront connus. Actuellement, le Conseil municipal travaille sur la mise au concours en ce qui concerne la production de ces repas. Cette étape est compliquée à mettre en place, car le Conseil de ville a demandé que cela se fasse sur la région biennoise, en privilégiant des produits biennois, ce qui est difficile à appliquer dans le droit public actuel.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP: Ich möchte etwas klar stellen. Ich bin nicht schlecht gelaunt, sondern vielmehr hartnäckig, was gewissen Personen im Saal nicht passt. Ich möchte noch drei Punkte klarstellen. Wie konnte der Gemeinderat versprechen, dass die Verpflegung in den städtischen Betreuungsstrukturen mit dem neuen Reglement nicht teurer zu stehen kommt, wenn er nicht einmal wusste, wieviel sie bisher gekostet hat? Ich will nicht heute eine Antwort. In Zukunft sollte der Gemeinderat aber zuerst überlegen, bevor er so etwas verspricht. Ich zweifle nicht daran, dass in der Verwaltung viel gearbeitet wird. Vorliegend erwarte ich aber, dass die bisherigen Kosten eruiert werden. Dies werde ich, soweit es mir möglich ist, auch nachprüfen. Man sieht es in der Antwort auf Frage 3: Es ist sehr mühsam und aufwändig, wenn kein Zahlenmaterial zur Verfügung steht und dies nachträglich erhoben werden muss. Das ist viel Arbeit und es gilt der Verwaltung dafür zu danken. Für einen korrekten Vergleich ist diese Arbeit aber unerlässlich. Würde dies nicht getan, könnten einfach die neuen Zahlen erhoben und die vorherigen an diese angepasst werden. Mit einem solchen Vergleich könnte leicht bewiesen werden, dass die Kosten nicht gestiegen sind. Dieses Vorgehen habe ich andernorts bereits beobachtet, wenn auch nicht bei der Stadt. Deshalb werde ich wie gesagt abwarten und kontrollieren, dass zuerst die alten Zahlen erhoben werden und erst danach mit den neuen Zahlen verglichen wird. Die mündliche Antwort auf Frage 2 habe ich mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Ich staune, dass sie nicht schriftlich verfasst wurde. Es muss im Protokoll nachgelesen werden, was versprochen wurde. Das ist immer etwas mühsam. Aber danke für die Beantwortung von Frage 2.

Steinmann Alfred, SP: Ich spreche zum vorher behandelten dringlichen überparteilichen Postulat 20160305, «Gemeinsam gegen die ruinöse Unternehmenssteuerreform (USR) III – für den Erhalt des Service public und der Bieler Gemeindeautonomie». Ich bin enttäuscht, dass mit einem Ordnungsantrag einfach ein Votum "abgewürgt" werden kann. Als einer der Hauptunterzeichner ist mir das Wort verweigert worden, was ich nicht akzeptieren kann. Ich bitte das Parlament, sich wie ein Parlament zu verhalten. Ich verstehe, dass bei langen Diskussionen Ordnungsanträge gestellt werden. Ich wünsche mir aber, wenigstens als einer der Hauptunterzeichnenden zu Wort zu kommen. Das finde ich wichtig.

Grupp Christoph, Grüne: Ich spreche wieder zur Interpellation von Herrn Bohnenblust. Es wurde bereits viel gesagt zur Motionsfähigkeit, zu den Zuständigkeiten und zur Gewaltentrennung. Herr Bohnenblust, Sie haben die vorliegende Interpellation nur knapp einen Monat nach der stadträtlichen Debatte zum Reglement über die gesunde Ernährung in städtischen Betreuungsstrukturen (SGR 811.01) eingereicht. Im Vorstoss stellen Sie detaillierte Fragen zu

Organisationsabläufen in der betroffenen Direktion. Das ist für mich eine Missachtung der Gewaltentrennung!

Bohnenblust Peter, FDP: Ich habe bereits zwei Mal gesprochen, möchte aber noch eine persönliche Erklärung abgeben (*Gelächter im Saal*). Ich fühle mich persönlich angegriffen, weil mir vorgeworfen wird, ich nehme die Verwaltung nicht ernst. Aber genau, weil ich dies tue, habe ich die Fragen 4.1 und 4.2 gestellt. Ich wollte keinen zweiten Vorstoss beziehungsweise kein Postulat mehr einreichen. Ich habe deshalb volles Verständnis dafür, dass die Frage 4.1 nicht beantwortet werden konnte. Wie gesagt, ich habe die Verwaltung ernst genommen!

33. Motion 20160210, Daniel Suter, Fraktion FDP/PRR/ EVP/EDU, "Referendum auf Beschluss des Stadtrats"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 7)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Suter Daniel, PRR: L'idée de cette intervention m'est venue dans le contexte de la votation sur l'initiative du 5 juin 2016 "200'000 fr. suffisent". Le Conseil de Ville avait élaboré un règlement qui remplissait les exigences de l'initiative. Mais, lors de cette votation il aurait fallu pouvoir juxtaposer l'initiative contre le référendum par décision du Conseil de ville, avec sur le même bulletin de vote bien sûr aussi la question subsidiaire, en cas de double oui. Voilà un exemple d'un règlement, qui aurait pu être soumis à une votation populaire, par décision du Conseil de ville. La même situation a été constatée concernant le Règlement sur l'alimentation saine dans les structures d'accueil municipales. Le Conseil de ville avait trouvé la solution par un règlement, qui aurait pu être juxtaposé à l'initiative. Mais dans ce cas, la solution a été résolue par le retrait de l'initiative. Voilà donc cette idée de dévolution. Techniquement on parle de dévolution lorsqu'un organe cède une compétence à un autre organe, pour prendre la même décision. Les motifs de ma proposition parlent clairement de référendum législatif. Dans mon idée, il s'agirait de décisions de la compétence du Conseil de ville concernant des règlements, qui pourraient être soumises au Peuple.

En ce qui concerne le projet de la "Révision totale du Règlement de la Ville", le Conseil municipal a donné mandat d'élaborer une proposition de premières hypothèses de travail et d'organisation de projet à un Groupe central composé de deux membres de l'Exécutif, d'un membre de la Commission de gestion et d'un membre du Bureau du Conseil de ville ainsi que de collaboratrices et collaborateurs de l'Administration municipale associés à un expert externe. Le Groupe centrale a soumis au Conseil municipal 20 hypothèses de travail quant à la conception fondamentale et au contenu du nouveau règlement. En effet, à la page 5 du rapport "Révision totale du Règlement de la Ville", au point 10 il est stipulé: "*Organisation générale: l'organisation est simple, claire et traçable. Il convient d'examiner des dispositions en matière de dévolution, d'évocation et de votation consultative*". Voilà pourquoi je remercie le Conseil municipal d'avoir une attitude positive vis-à-vis de

cette idée et vous propose de suivre sa proposition de transformer la motion en postulat et de l'adopter en tant que tel.

Bord Pascal, PRR: Ce que Monsieur Suter a dit peut paraître techniquement compliqué. Il s'agit bien de quelque chose de législatif, mais c'est un instrument important qu'il serait possible d'avoir en place pour lutter contre des initiatives populistes. Au niveau de la Commission spéciale pour le projet de révision totale du Règlement du personnel et du système salarial (PUL), la seule possibilité était de refuser totalement l'initiative, mais il n'était pas possible de présenter le règlement qui avait été accepté. Donc, il n'y a pas de possibilité de lutter à armes égales contre une initiative. C'est un élément important afin de garantir un débat démocratique plus simple.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

34. Überparteiliches Postulat 20160212, Lena Frank, Grüne, Anna Tanner, SP, "Städte setzen ein solidarisches Zeichen – Direktaufnahme von Geflüchteten jetzt"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 8)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Tanner Anna, SP: Vielen Dank für die Beantwortung. Die Postulantinnen akzeptieren die Haltung des Gemeinderates zu Punkt 1 des Postulats, schreibt er doch, dass er mit dem Kanton über die zusätzliche Aufnahme von Asylsuchenden in der Stadt Biel verhandeln will. Der zweite Punkt hingegen ist meiner Meinung nach nicht erfüllt und kann deshalb nicht abgeschrieben werden. Mit der vorliegenden Beantwortung geben sich die Postulantinnen nicht zufrieden! Es gibt halt manchmal Projekte, die nicht so einfach realisierbar sind. Aber die momentane Situation der Flüchtlinge ist wirklich schlimm. Drei anwesende Stadratsmitglieder können dem Stadtrat aus eigener Erfahrung berichten, wie es an der EU-Aussengrenze aussieht. Frau Schmid, Frau Frank und ich selbst haben dort Freiwilligeneinsatz geleistet. Wir wissen, dass täglich Leute sterben. Die Kinder sind krank, Erwachsene können nicht mehr gehen und es gibt keine medizinische Versorgung, nichts! Die Stadt Biel könnte ein kleines Zeichen für die Menschlichkeit setzen. Es gibt ganz viele innovative Projektideen von Freiwilligen, die nicht überlegen, wo Schranken sind und wo es nicht weitergeht. Diese Personen handeln vielmehr für sich und sie haben sehr gute Projekte auf die Beine gestellt. Das kann Biel auch! Wieso können wir nicht wie Barcelona oder Bern ein Zeichen setzen und die Flüchtlinge zu uns holen? Was vor der EU-Aussengrenze abgeht, ist nicht länger tolerierbar. Es ist eklig und menschenverachtend. Ich bitte den Stadtrat mitzuhelfen, ein solches Zeichen zu setzen und **beantrage deshalb, Punkt 2 noch nicht abzuschreiben.**

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Wer persönlich mit Menschen auf der Flucht zu tun hat, ist immer betroffen. Es ist richtig, Frau Tanner, dass die Situation schwierig ist, und zwar nicht nur hier bei uns, sondern insbesondere auch

an der EU-Aussengrenze, in den Herkunftsländern selber sowie in den unmittelbaren Nachbarländern. Es stellt sich die Frage, welches die richtige Lösung dieser Probleme ist. Vielleicht gibt es gar keine... Der Gemeinderat ist sich jedoch einig, dass vorliegendes Postulat kein Rezept verlangt, denn seine Anliegen können aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen nicht erfüllt werden. Nur schon aufgrund der übergeordneten gesetzlichen Rahmenbestimmungen kann die Stadt nicht einfach Flüchtlinge "importieren". Unabhängig von der Rechtslage kann man sich aber noch eine andere Frage stellen: Welches ist der beste Weg, um die Not wirklich zu lindern? Ist es wirklich der beste Weg, noch mehr Leute in die Schweiz zu holen, wenn dies ungeheure Sozialkosten zur Folge hat? Wir wissen, dass die Situation für Flüchtlinge auch in der Schweiz nicht immer einfach ist. Welche humanitären Veränderungen bewirkt aber ein Franken vor Ort? Wir wissen, dass jeder vor Ort eingesetzte Franken je nach Land die 10- bis 20-fache Wirkung hat. Wenn sich Biel also tatsächlich humanitär einsetzen und Not lindern will, dann muss vor Ort investiert werden und es müssen Alternativen zur Flucht geschaffen werden. Die Stadt Biel sollte sich nicht darauf beschränken, Flüchtlinge aufzunehmen, was sie übrigens ja bereits tut... Humanitäres Wirken ist auf verschiedenen Wegen möglich. Abschliessend möchte ich nochmals erwähnen, dass für den Gemeinderat die rechtlichen Überlegungen zentral waren. Der rechtliche Rahmen lässt in Biel die Umsetzung des vorliegenden Postulats nicht zu. Der Gemeinderat hat das geprüft und das Resultat liegt vor. Darum empfehle ich dem Stadtrat, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Wächter Olivier, au nom du Groupe UDC/Les Confédérés: Je souhaite clarifier la position du Groupe UDC/Les Confédérés, qui estime que les deux points mentionnés sont irresponsables et irréalistes. Il ne faut pas oublier, que la Ville de Bienne est dans une situation financière difficile et que la population a dû effectuer des économies. Je ne pense pas, que d'ajouter des charges en accueillant plus de monde ne ferait que grever un peu plus le budget de la Ville. Secundo, dans le Canton de Berne, l'hébergement et l'accompagnement des requérant(e)s d'asile n'est pas du ressort des communes, mais de celui du Canton, qui reçoit à cet effet les moyens financiers nécessaires de la part de la Confédération. Quant à la requête d'augmenter la population biennoise de 0,25%, nous estimons que c'est environ 140 personnes et ce nombre est trop important pour Bienne. Concernant le cas de Barcelone, nommé par moi-même, cet accueil est irréfléchi et sous le coup de l'émotion. Le Groupe UDC/Les Confédérés s'y oppose fermement. Nous pensons qu'il est préférable pour ces personnes aux us et coutumes trop éloignées des nôtres d'être prises en charge et sécurisées dans des pays plus proche du leur et de leurs racines. Le but étant de ne pas déstabiliser encore plus ces personnes, qui sont déjà fragilisées par des conflits. Pour conclure, le Groupe UDC/Les Confédérés propose de suivre la proposition du Conseil municipal.

Frank Lena, Grüne: Die Beantwortung von Punkt 2 finde ich besonders stossend, weil der Gemeinderat sagt, Einzelaktionen wie diejenige in Barcelona seien gut gemeint, trügen jedoch nur marginal zur Problemlösung bei. Wenn das eine einzige Stadt macht, so ist das ein erstes Zeichen. Es geht aber darum, dass weitere Städte folgen. In Bern wurde ein ähnlicher Vorstoss vor einiger Zeit angenommen. Bern sucht nun nach Umsetzungslösungen. Würde das Anliegen in mehreren Städten und Gemeinden des Kantons Bern angenommen, könnte Druck auf die kantonale Gesetzgebung ausgeübt und schlussendlich ein Weg gefunden werden, Flüchtlinge aufzunehmen. Für die Wenigen, die aufgenommen werden können, geht es nicht um

ein marginales Zeichen, sondern ums Überleben! An der Grenze erfrieren im Winter Menschen, deshalb ist es nicht nur ein marginales Zeichen! Herr Wächter, letztes Wochenende haben in Barcelona 160'000 Personen an einer Demonstration für Flüchtlinge teilgenommen. Sind diese alle verantwortungslos?

Schmid Judith, PdA: Ich möchte gerne auf das Votum von Herrn Feurer eingehen. Zum Vergleich: In der Türkei leben im Moment drei Millionen Flüchtlinge. Die Schweiz hat dagegen beschlossen, 1'500 Flüchtlinge aufzunehmen, davon ist noch nicht einmal ein Drittel hier. Ich habe Einsätze in mehreren Camps geleistet und finde die Aussage, diese sollten ausgebaut werden, nicht richtig. Die Situation in diesen Camps ist nie lebenswert. In Anbetracht der katastrophalen Situation an der Grenze zu Europa, aber auch innerhalb Europas, finde ich die Aussage, es sei unmöglich, sich als Stadt an der im Postulat geforderten zusätzlichen Aufnahme von geflüchteten Personen zu beteiligen, sehr unangebracht. Es geht nicht darum, wer mehr oder weniger gemacht hat. Es geht um Menschen, Familien und Kinder, die im Moment erfrieren und in absolut unwürdigen Umständen leben müssen.

Hamdaoui Mohamed, PSR: Je n'avais pas l'intention d'intervenir, mais en entendant les propos de Monsieur Wächter, je ne peux pas m'en empêcher. Monsieur Wächter, vous dénoncez les émotions, mais elles existent malheureusement et il faut avoir vécu ce genre de situation, dans sa propre chair, pour savoir ce que c'est. Il faut avoir connu des membres de sa propre famille, comme cela est mon cas, qui sont morts parce qu'ils ont voulu simplement fuir la misère. Alors parler de chiffres, avec une telle froideur, veuillez me pardonner, mais cela me rend absolument fou. Accepter un postulat, ce n'est vraiment pas difficile et ce qui est demandé, c'est de la dignité et du respect de la mémoire de ces personnes. J'avoue que cela fait mal!

Bohnenblust Peter, FDP: Ich habe viel Verständnis und Achtung vor solch engagierten Personen. Ihr Einsatz verdient unseren inneren und äusseren Applaus. Ein Zeichen zu setzen, finde ich nicht à priori schlecht. Dabei hat sich aber auch Biel an die Regeln zu halten. Wir haben heute bereits über Motionen und Postulate gesprochen. Der vorliegende Vorstoss ist zurecht ein Postulat, weil er nicht motionsfähig wäre. Der Gemeinderat hat Punkt 3 wirklich gut geprüft und bringt sachliche Argumente vor (ich erinnere daran, dass der Gemeinderat links dominiert ist...). Darum bitte ich den Stadtrat, dem Gemeinderat zu folgen. Selbst wenn das Postulat nicht abgeschrieben werden sollte, bleibt es ein Prüfauftrag. Es kann nicht einfach in eine Motion umgewandelt werden, so schmerzhaft dies für einige auch sein mag. Manchmal gibt es Situationen im Leben, in welchen etwas zwar richtig, aber im weitesten Sinn nicht gerecht ist. Manchmal ist es auch schmerzhaft, Recht anzuwenden. Dies habe ich persönlich auch als Richter erlebt...

Tanner Anna, SP: Eines meiner Lieblingszitate ist: *"Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht."* Bei Recht, das Menschlichkeit verunmöglicht, will ich Widerstand üben und der Stadtrat hoffentlich auch...

Wächter Olivier, UDC: Monsieur Hamdaoui, avec tout le respect que je vous dois, je vous précise, tout de même, que je connais des personnes, qui sont passées par ces filières. Des membres de ma famille, relativement proches. Ce n'était pas les conflits en Syrie, mais d'autres conflits. Je me suis donc basé sur une histoire vécue, sur des pensées de ces gens aussi. Mes paroles étaient donc totalement réfléchies et je

maintiens donc l'intégralité de mes propos. Mais, je comprends aussi votre point de vue.

Baltzer Niklaus, SP: In der ganzen Diskussion fehlt mir ein Aspekt. Der vorliegende Vorstoss stammt von Personen, die unmittelbar betroffen sind, weil sie vor Ort geholfen und das Elend miterlebt haben. Das finde ich auch richtig, denn es ist ein Teil der ganzen Problematik. Es gibt aber noch einen anderen Aspekt: Ich kenne mehrere SchweizerInnen, die hier in der Schweiz sicher leben, aber das Bedürfnis haben zu helfen. Unser staatliches System versucht, möglichst alle Flüchtlinge in Zentren zu sammeln. Dabei wird gar nicht erst versucht, die Unterstützung, die in der Bevölkerung vorhanden wäre, kreativ und positiv zu nutzen. Dieser Aspekt fehlt mir in dieser Diskussion. Der Gemeinderat könnte meiner Ansicht nach überlegen, ob es in diesem Bereich nicht doch Möglichkeiten gäbe. Ich möchte dies als Anregung einbringen. Ich weiss, dass Herr Feurer früher in einer evangelischen Partei war und sicher ein Herz für Flüchtlinge hat.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Herr Baltzer, Ihr Anliegen wurde schon früher an den Gemeinderat herangetragen. Im Moment ist der Kanton für die Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbenden zuständig. Er organisiert die Strukturen und hat in unserer Region das ABR (Asyl Biel und Region) mit dieser Aufgabe beauftragt. Das ABR ist offen für solche Unterstützung. Diese muss allerdings direkt erfolgen, weil die Stadt ABR nichts vorschreiben kann. Die Flüchtlingsbetreuung erfolgt unter Regie des Kantons, wobei sich die Stadt nur beschränkt einmischen kann. Aber ich nehme ihr Anliegen trotzdem gerne auf. Sollte sich die Möglichkeit bieten, werde ich das Thema sicher einbringen und die Diskussion suchen.

Abstimmung

- über den Antrag von Frau Tanner, Punkt 2 nicht abzuschreiben

Der Antrag wird angenommen.

Der Antrag des Gemeinderates zu Punkt 1 wird nicht bestritten. **Somit wird Punkt 1 des Postulats erheblich erklärt und als erfüllt abgeschrieben, Punkt 2 wird erheblich erklärt.**

35. Postulat 20160236, Lena Frank, Fraktion Grüne, "Öffentliche Velopumpen und Ladestationen für Elektrovelos"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 9)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat das Postulat erheblich zu erklären.

Frank Lena, Grüne: Ich bedanke mich beim Gemeinderat für die Beantwortung meines Postulats, mit der ich weitgehend zufrieden bin. Momentan läuft in der Schweiz eine Art inoffizieller Wettbewerb unter den Städten mit dem Ziel, sich als

möglichst velofreundliche Stadt zu präsentieren. Ich finde, Biel sollte sich ebenfalls an vorderster Front engagieren. Die Attraktivität des Fahrrads hängt nicht nur von verkehrsplanerischen Grossprojekten ab. Auch kleinere Ideen haben ihren Stellenwert. Die Idee von öffentlichen Velopumpen gefällt mir eigentlich sehr gut. Das wäre eine einfache und kostengünstige Lösung, auch wenn noch weitere Abklärungen getroffen werden müssten. Auch in Biel haben die E-Bikes in letzter Zeit zugenommen und gerade hier sind sie eigentlich ideal. Gerade im Hinblick auf den Entwicklungsschwerpunkt Bözingenfeld ist die Installation von E-Bike-Ladestationen prüfenswert. Ferner zeigt das "Gesamtmobilitätskonzept Zustand Ostast" die Notwendigkeit einer Förderung des Veloverkehrs auf. Nebst weiteren Massnahmen sieht das Konzept den Ausbau von E-Bike-Ladestationen vor. Die Distanz vom Bahnhof Biel ins Bözingenfeld ist für E-Bikes ideal. Klar ist es wichtig und gut, wenn am Arbeitsplatz im Bözingenfeld das Velo geladen werden kann. Aber es gibt auch Personen, die am Morgen mit dem E-Bike zum Bahnhof fahren und von dort aus per Zug pendeln. Deshalb finde ich es gut, dass der Gemeinderat das Anliegen weiterhin pendent hält und die Installation von E-Bike-Ladestationen prüfen will.

Bundeli Sandro, SVP: Öffentliche Velopumpen tönen gut. Der Gemeinderat will abklären, ob ein Projekt analog den "Netten Toiletten" möglich ist. Ich finde, dass es in Biel genügend öffentliche Velopumpen gibt. Biel hat sehr viele Tankstellen, die diesen Service anbieten und soweit ich weiss, gibt es in der Stadt mehr Tankstellen als Parkplätze... Dazu hat es verschiedene Velogeschäfte, die Pumpen im Angebot haben. Sollte es mit dem vorhandenen Angebot nicht möglich sein, Veloräder aufzupumpen, sei es, weil sich keine Tankstelle in der Nähe befindet oder weil das Ventil nicht zur Pumpe passt, kann immer noch eine Velopumpe gekauft werden, was zudem die Wirtschaft ankurbelt. Was die Ladestationen für Elektrovelos anbelangt, heisst es in der Beantwortung: "*Die Städte unserer deutschsprachigen Nachbarländer haben mehr Erfahrung.*" Es weiss aber niemand, ob in Biel wirklich eine Nachfrage vorhanden ist! Das Postulat verlangt eine Prüfung, ob in Biel eine Notwendigkeit für solche Ladestationen besteht. Warum soll dies die Stadt selber umsetzen? Ein solches Projekt könnte doch beispielsweise von der BKW gesponsert werden. Auch der ESB käme dafür in Frage. Zu guter Letzt könnte für eine Ladestation am Bahnhof auch die SBB in die Pflicht genommen werden. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen würde das Postulat daher auch als erfüllt abschreiben...

Wendling Cécile: Die Fraktion FDP lehnt das Postulat ab und erachtet die Antwort eigentlich als wenig schlüssig. Das einzige, was aus ihr hervorgeht ist, dass der Gemeinderat die Idee von Frau Frank zwar nett findet, diese aber nicht seinen Prioritäten entspricht. Die Idee, man könnte Private im Rahmen von Baubewilligungsverfahren zur Installation von Ladestationen zwingen, geht der Fraktion FDP definitiv zu weit und sie kann diese nicht ernst nehmen. In der Beantwortung heisst es denn auch: "*[...] könnte die Installation von öffentlichen Ladestationen a priori unverhältnismässig erscheinen.*" Der Gemeinderat windet sich, statt von Anfang an klar zu sagen, die Installationen seien unverhältnismässig...

Koller Levin, JUSO: Die Fraktion SP/JUSO wird dem Gemeinderat folgen und das Postulat erheblich erklären. In Zeiten des durch uns Menschen verursachten Klimawandels und zunehmend knapper Platzverhältnisse in der Bieler Innenstadt ist es für uns unabdingbar, auf platzsparende und umweltfreundliche Mobilitätsformen zu setzen. Deshalb muss prioritär der Veloverkehr gefördert werden. Öffentliche

Velopumpen und Ladestationen für Elektrovelos sind für uns zwei von vielen möglichen Massnahmen, um dieser Stossrichtung Rechnung zu tragen. Herr Bundeli, Sie fragten sich, ob ein solches Angebot überhaupt genutzt würde. Wie Frau Frank erklärte, gibt es dieses Angebot in Zürich schon. Aufgrund meiner Ausbildung bin ich sehr oft in Zürich und ich sehe immer wieder Personen, die dieses Angebot mit Freude nutzen. Deshalb würde ich mich freuen, wenn es bald auch in Biel angeboten würde.

Scheuss Urs, Grüne: Mir ist in dieser Beantwortung und während der Debatte einiges aufgefallen: Die Ladestationen sollen erst realisiert werden, wenn die Nachfrage genügend gross ist. Das finde ich nicht gerade velofreundlich. Es geht ja darum, das Velofahren zu fördern. Das bedeutet, dass erst die nötige Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden muss, damit die Nachfrage sofort gedeckt werden kann. Das ist wie bei den Oberflächenparkplätzen: gibt es viele davon, kommen auch viele Autos. Vorliegend soll ein Anreiz für das Umsteigen vom Auto auf das Velo geschaffen werden. Die Idee einer Zusammenarbeit mit den SBB finde ich gut. Es handelt sich ja um ein Postulat, das verlangt, die Umsetzung dieser Idee zu prüfen. Es wurde zudem gesagt, Private mittels Baubewilligungsverfahren zum Erstellen einer Veloladestation zu zwingen sei völlig unrealistisch und unverhältnismässig. Ähnliche Vorschriften gibt es aber heute schon. So legt beispielsweise das kantonale Baugesetz (BSG 721.0) fest, dass Neubauten eine gewisse Anzahl Parkplätze aufweisen müssen.

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Die Fraktion GLP zeigt sich durchaus velofreundlich. Ich selber besitze ein E-Bike und auch ich vergesse manchmal, die Batterie zu laden. Biel ist aber wirklich nicht so gross und mit etwas Organisation reicht die Reichweite der Batterie meistens. Deshalb wird die Fraktion GLP dem Gemeinderat folgen, obschon sie die Idee sympathisch findet.

Gurtner Roland, Passerelle: Je ne comprends pas complètement les réticences de la droite par rapport à un postulat. Pour une fois, c'est un postulat qui ne coûtera pas cher et il s'agit d'encourager la pratique du vélo. À mon avis à Bienne, on doit mettre en oeuvre et réaliser toutes les mesures, qui peuvent encourager la pratique du vélo. La Ville de Bienne est actuellement empestée par les gaz d'échappement des voitures, matin et soir et je pense, que des petites mesures comme celles proposées peuvent contribuer à encourager le vélo et il faut aller dans cette direction.

Gugger Reto, BDP: Auch ich bin ab und zu mit dem Velo unterwegs, meistens mit einem von Velospot. Dafür bezahle ich CHF 60 pro Jahr. Das zahle ich gerne, denn es ist praktisch. Wenn das von mir ausgewählte Velo unterwegs einen Platten hat, kann ich es bei der nächsten Velospot-Station gegen ein anderes eintauschen. Weil es keinen Elektromotor hat, mache ich erst noch etwas für meine Gesundheit. Ich finde es übertrieben, dass die Stadt Velopumpen installieren soll. Bei den Tankstellen hat es Velopumpen, vorausgesetzt, man hat das richtige Veloventil. Das Piaggiorama bietet für CHF 0.50 Pumpluft an. Auch bei Jumping Ghost steht ein Kompressor bereit. Das Laden von Elektrovelos hingegen ist kompliziert. Jedes Modell hat ein anderes Ladesystem und einen anderen Stecker. Leider ist dies noch nicht standardisiert. Deshalb folge ich der Fraktion FDP und lehne dieses Postulat ab.

Diop Mamadou, PSR: Un politicien français disait, que la France n'a pas de pétrole mais elle a des idées. C'est exactement ce que la Ville de Bienne doit appliquer. Il y a les mesures d'accompagnement de l'autoroute A5. Pourquoi ne pas prendre cette idée, je ne parle pas des pompes à essence qui sont munies de pompes à air. Pour les vélos électriques par exemple, il faut penser à ces mesures d'accompagnement et en installer deux ou trois. Des villes germanophones sont un peu en avance à ce sujet, mais il ne faut pas que Bienne reste en rade. Le système de partages de vélos (Velospot) est une excellente idée et beaucoup de communes en Suisse envient la Ville de Bienne. Je soutiens la proposition du Conseil municipal d'adopter ce postulat et j'encourage la réalisation de stations de recharge pour les utilisateurs de vélos à assistance électrique.

Bundeli Sandro, SVP: Herr Koller sagte, es gehe um umweltfreundliche Mobilität. Ich möchte aber daran erinnern, dass die Produktion und Entsorgung von Akkus auch nicht gerade umweltfreundlich sind, auch wenn es mittlerweile gute Recyclinganlagen gibt. Woher kommt zudem der Strom für den Betrieb der E-Bikes? Sicher, es gibt Sonnen-, Wind- und Wasserkraft. Aber kann damit der ganze Bedarf abgedeckt werden?

Koller Levin, JUSO: Ich berechne täglich die Auswirkungen von Elektrovelos, beispielsweise in Bezug auf den CO₂-Ausstoss. Ich kann Ihnen versichern, dass ein E-Bike in dieser Hinsicht viel besser ist als ein Auto! Aber klar, ein Velo ohne Motor ist noch etwas besser. Trotzdem könnte ein grosser Fortschritt erzielt werden, wenn nur schon hier in Biel vermehrt auf Elektrovelos gesetzt würde.

Wiher Max, GLP: Ich bin ein überzeugter Velofahrer. Die Anliegen des Postulats leuchten mir trotzdem nicht ganz ein. Für mich als Velofahrer ist ein gutes, velofreundliches Verkehrsnetz das allerwichtigste. Ich muss sicher und auf unkomplizierte Weise von A nach B gelangen können. In dieser Hinsicht sehe ich in Biel extrem viel Verbesserungspotenzial. Die Idee mit den "Netten Velopumpen" kann mich aber nicht überzeugen. Das kennen wir ja schon von den "Netten Toiletten" - diese funktionieren. Auch die "Netten Velopumpen" gibt es in Biel ja eigentlich schon, sind die Velohändler doch alle sehr freundlich und lassen mich im Notfall mein Velo aufpumpen. Das Anliegen der "Netten Velopumpen" ist deshalb aus meiner Sicht bereits erfüllt. Die Situation der E-Bikes kann ich nicht beurteilen, denn ich besitze selber keines. Ich finde aber die Investition für die Ladestationen zu hoch. Wahrscheinlich ist es den Nutzenden am Wohlsten, wenn sie ihre Batterie zu Hause aufladen können. Deshalb hat dieses Anliegen für mich keine Priorität. Ich möchte mein Augenmerk auf gute Veloverbindungen legen, denn dort liegt viel drin. Die Anliegen des vorliegenden Postulats finde ich aber etwas gesucht.

Schwicker Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Danke für die engagierte Diskussion. Das Postulat besteht aus zwei Forderungen, die es auseinanderzuhalten gilt. In der ersten geht es um Velopumpen. Solche Velopumpen im öffentlichen Raum gibt es bereits verschiedenenorts. Andernorts sind sie in Planung. Es handelt sich um einen Trend zur Förderung des Velofahrens in der Stadt. Ich gehe aber mit Herrn Wiher einig, dass diese Velopumpen allein nicht zu einem massenhaften Umsteigen vom Auto auf das Velo animieren werden. Dazu braucht es verschiedene Elemente. Es ist gut, wenn der Stadtrat den Gemeinderat dabei unterstützt, das städtische Verkehrsnetz velofreundlicher zu gestalten, so wie er dies

gestern Abend getan hat. Es braucht aber auch genügend gedeckte und teilweise gesicherte Veloabstellplätze. Zudem ist bekannt, dass öffentliche Velopumpen ein weiteres attraktives Element sind, mit welchem eine Stadt zeigen kann, dass sie die Velofahrenden ernst nimmt. Für den Gemeinderat war aber rasch klar, dass er - im Gegensatz zu Zürich - keine neue Infrastruktur im öffentlichen Raum bauen will. Würde das vorliegende Postulat wortgetreu umgesetzt, müssten im öffentlichen Raum Velopumpen installiert werden. Das will der Gemeinderat unter anderem aus Kostengründen nicht. Er erkennt aber auch, dass das Angebot bereits von Velohändlern und Tankstellen zur Verfügung gestellt wird. Deshalb strebt der Gemeinderat eine Zusammenarbeit mit ihnen an. Diesen Ansatz finde ich sehr pragmatisch. Eine Zusammenarbeit könnte beispielsweise bedeuten, dass die bestehenden Angebote ergänzt werden. Vielleicht kann auch mit der SBB eine Lösung gefunden werden. Diese Verhandlungen muss aber jemand führen. Es könnte Aufgabe der Stadt sein, die Angebote zu koordinieren und allfällige Lücken zu erkennen. Vielleicht könnte eine App entwickelt werden, mittels welcher die nächste Velopumpe angefahren werden kann. Ein konkretes Projekt existiert zwar noch nicht, aber in diese Richtung könnte es gehen. Es handelt sich um ein Postulat, das der Gemeinderat gerne pragmatisch prüfen möchte. Ich bitte den Stadtrat um Unterstützung.

Die zweite Forderung betrifft öffentliche Ladestationen für Elektrovelos. Zu diesen gibt es noch kaum Erfahrungswerte. Kürzlich habe ich zwar gesehen, dass es beim Thuner Bahnhof eine entsprechende Installation gibt. Solche Angebote sind aber noch relativ neu und es ist noch unklar, ob und wie sie sich bewähren. Deshalb ist der Gemeinderat in dieser Beziehung etwas zurückhaltend. Trotzdem will er die Entwicklung im Auge behalten und prüfen, ob ein Bedarf an öffentlichen Ladestationen vorliegt und welche Lösungen sich anbieten. Die Antwort des Gemeinderates ist nicht abschliessend. Wie gesagt, handelt es sich um ein Postulat und ich würde mich freuen, wenn der Stadtrat dem Gemeinderat einen entsprechenden Prüfauftrag erteilen würde, den er pragmatisch erfüllen möchte.

Der Antrag des Gemeinderats wird nicht bestritten.

36. Postulat 20160237, Dennis Briechle, Fraktion GLP, "Farbe in die Stadt – auch dauerhaft!"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 10)

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Güntensperger Nathan, GLP: Ich spreche anstelle von Herrn Briechle. Die vorliegende Antwort zeigt, wie kompliziert die Verwaltung einfache Vorhaben machen kann. Unserer Idee liegt nämlich kein aufwändiges, teures Ausschreibungsverfahren zu Grunde. Wir wollen auch keine Kunst am Bau, wie dies der Gemeinderat in seiner Beantwortung vermutet. Auch dürften Kunstwerke in städtischem Besitz für unsere Idee nicht geeignet sein. Was uns vorschwebt ist, dass Kunstwerke, wie sie derzeit am Baustellenzaun der Esplanade-Baustelle zu sehen sind, auch dauerhaft in der

Stadt gezeigt werden könnten. Natürlich kommen dafür keine historischen Gebäude in Frage, sondern Infrastrukturbauten wie Brücken, Unterführungen oder Stützmauern. Der Gemeinderat weist auf die hohe *"architektonische und städtebauliche Qualität"* öffentlicher Gebäude hin, die einen *"zeitlosen Wert"* zum Ausdruck bringen sollen. Mit Verlaub: die Fraktion GLP kann dem Gemeinderat nicht restlos folgen. In der Stadt werden regelmässig Betonwüsten realisiert, die nur den ArchitektInnen gefallen. Dabei denke ich zum Beispiel an die Esplanade, wo alles ausser dem Gaskessel grau ist. Dort gäbe es viele Flächen, die durch ein schönes Graffiti oder eine Realmalerei aufgewertet werden könnten, so zum Beispiel die Einfahrt zum Kongresshaus-Parking, die Betonmauer beim Feuerwehrdepot, das Betonfundament der Turnhalle, die Betonumrandung des Esplanade-Kreisels und sicher einige mehr. Was die weiteren Argumente des Gemeinderats wie *"Robustheit"*, *"Nutzungsqualität"* oder *"Funktionalität"* mit unserem Vorstoss zu tun haben sollen, kann die Fraktion GLP nicht nachvollziehen. Sie möchte, dass der Gemeinderat graue Flächen bezeichnet, die von KünstlerInnen aller Art bemalt werden können. Dafür würde ein einfaches Verfahren für die Vergabe der Flächen an Interessierte genügen. Die Flächen könnten unter Umständen sogar jährlich von anderen KünstlerInnen überarbeitet werden. So könnte eine nicht gelungene Umsetzung im Folgejahr durch etwas Neues ersetzt werden. Beim früheren Holzzaun der Bootswerft Scheurer in Nidau konnten Sprayer ihre Werke legal verwirklichen. In der Regel wurden sie nach ein bis zwei Jahren von jemandem übersprayed. Ein ursprünglich grün-brauner Zaun wurde also ohne Ausschreibung und ohne architektonische Begleitung oder Kunst am Bau laufend neu gestaltet. Wer schon einmal in Südamerika war, kennt die dortigen Gemälde an Brücken, Mauern und Unterführungen, die teilweise eine sehr hohe künstlerische Qualität aufweisen und die Gesellschaft zu gesellschaftspolitischen Überlegungen anregen. In diese Richtung sollte es gehen. Im Übrigen hat offenbar der ESB damit begonnen, seine Stromverteilerhäuschen zu bemalen. **Die Fraktion GLP beantragt, das vorliegende Postulat daher nicht abzuschreiben.**

Beriger Michelle, Les Verts: Je suis du même avis que Monsieur Güntensperger. Je trouverais aussi agréable qu'il y ait aussi plus de couleur sur l'Esplanade. Je souhaiterais surtout savoir ce qui se passera si le postulat n'est pas radié du rôle.

Bundeli Sandro, SVP: Im ersten Moment freute sich die Fraktion SVP/Die Eidgenossen über das vorliegende Postulat. «Farbe in die Stadt», das tönte für uns gut. Beim genauen Lesen verflog aber die Freude, soll die Stadt doch Flächen freigeben, um sie von Street-Art-KünstlerInnen besprayed oder bemalen zu lassen. Früher hiessen die Street-Art-KünstlerInnen Sprayer und sie waren nicht gern gesehen. Die Idee des vorliegenden Postulats dürfte auch sein, den Vandalismus etwas zu reduzieren, indem diese Bilder respektiert und nicht mehr übersprayed oder sonstwie verschandelt werden. Als Beispiel sei die Villa Ritter erwähnt, wo ich oft vorbeifahre. Die dortigen Graffitis werden immer wieder übersprayed oder überschrieben. Ich frage mich, wo da der Respekt bleibt. Gegen die sogenannten Betonwüsten könnte anders vorgegangen werden, indem von Anfang an farbige Fassaden verlangt würden. Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen empfiehlt, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Baltzer Niklaus, SP: Ich habe Mühe damit, wenn der Kunstbegriff allzu eng ausgelegt werden soll. In Biel gibt es viele Kunststudierende und Personen mit

grossem künstlerischen Potenzial, deren Kreativität gefördert werden könnte. Diese könnten graue Wände durchaus mit kreativen Mitteln gestalten. Diese Freiheit sollte vorhanden sein. In diesem Sinn empfehle ich, das Postulat erheblich zu erklären und nicht abzuschreiben.

Meyer Miro, JUSO: Ich finde, die SVP könnte dem vorliegenden Vorstoss im Sinn ihrer dringlichen Motion 20160306 «Bunte Farben der Freiheit» zustimmen. Für die Fraktion SP/JUSO gehören Kunst und Farbe zu Biel. Deshalb unterstützen sie das Postulat.

Moser Peter, FDP: Ich finde es eine Unsitte, wenn die Urhebenden eines Vorstosses erst anlässlich der Diskussion der Beantwortung präzisieren, was sie damit eigentlich erreichen wollten. Das Postulat verlangt vom Gemeinderat, etwas zu prüfen. Diesen Auftrag hat der Gemeinderat erfüllt und er ist zu seinen Schlüssen gekommen. Deshalb findet die Fraktion FDP, das Postulat könne abgeschrieben werden.

Wiher Max, GLP: Herr Bundeli, es gibt verschiedene Probleme. Die Betonwüsten wurden nun einmal realisiert. Viele Kreisel und Unterführungen wurden einfach grau gebaut. Ich glaube kaum, dass diese jetzt alle abgerissen und farbig neugebaut werden sollen. Wenn sie dann farbig gebaut würden, dürften sie ja nicht orange gestrichen werden, das hat der Stadtrat in der Zwischenzeit ja auch gelernt. Ich möchte aber noch ein gutes Beispiel nennen. Dieses findet sich bei der Abschränkung des Esplanadeparks, wo ein sehr schönes Kunstwerk realisiert wurde. Bilder davon kursieren zurzeit auf Social Media. So stellt sich die Fraktion GLP die Umsetzung ihrer Idee vor. Das hat nichts mit Vandalismus zu tun, sondern ist einfach kreativ und farbig. Leider ist die erwähnte Abschränkung nur temporär. Es gäbe aber viele fix installierte Mauern, die sich eignen würden. Die Stadt sollte nur überprüfen, wo sich Gelegenheiten anbieten würden. Die vorliegende Antwort hat nichts mit dem Anliegen des Postulats zu tun.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Besten Dank für die Diskussion und die Anregungen. Es freut mich, dass die Baustellenabschränkung bei der Esplanade offenbar gefällt. Mir gefällt sie auch. Der Gemeinderat überlegte sich, was mit dieser langweiligen Baustellenabschränkung zu tun sei. Bepflanzen wollte er sie nicht, sie sollte aber auch nicht einfach kahl bleiben. Es kam die Idee auf, die Wand von einer Schulklasse bemalen zu lassen. Aufgrund der sehr grossen Fläche wurde diese Idee aber wieder verworfen. So kam es zu dem Experiment, die Fläche durch das X-Project gestalten zu lassen. Als Thema wurde "Biel" vorgegeben, ansonsten waren die Kunstschaaffenden total frei. Die Umsetzung ist genial. Die Baustellenabschränkung ist zwar nur temporär, doch gerade dies war für die Sprayenden ein Anreiz für ihr Kunstwerk. Damit war extrem viel Arbeit verbunden und sie wurde professionell umgesetzt. Es ist wirklich ein Superbeispiel. Nun stellt sich die Frage, ob dieses Experiment einfach kopiert werden kann. Es stimmt, dass das Bild in Social Media kursiert und die Sprayenden darauf sehr stolz sind. Es ist sozusagen ihr Meisterwerk. Sie sagen aber auch klar, dass sie so etwas nicht jedes Jahr realisieren könnten. Es ist etwas Einzigartiges. Ich finde, solche Aktionen sollten auch einzigartig bleiben. Geniessen wir das, was wir haben! Sicherlich wird es neue Gelegenheiten geben, seien dies dauerhafte oder wieder temporäre - ich möchte mich da nicht festlegen. Der Vorstoss fordert den Gemeinderat aber auf zu prüfen *"wie eine alljährliche Ausschreibung erfolgen könnte, welche es Künstlerinnen und*

Künstlern ermöglichen soll, (Aussen-)Wände von städtischen Bauten auf attraktive Art und Weise zu gestalten". Damit soll die Gestaltung der Wände institutionalisiert werden. Die Fraktion Grüne fragte sich, was bei einer Erheblicherklärung des Postulats passieren würde. Ich nehme an, Herr Némitz und ich würden zusammensitzen und die Kunstkommission müsste jedes Jahr einen Wettbewerb durchführen (*Unruhe im Saal*), denn das Postulat fordert ja, dass jährlich eine Ausschreibung erfolgt. Ich nehme auch an, dass die Stadt für die Kunstwerke bezahlen müsste, denn diese erfordern viel Zeit, Engagement und Material. Meine Direktion müsste prüfen, welche Wände geeignet wären. Ich bin froh zu hören, dass es den Postulanten nicht um öffentliche Hochbauten geht, denn auch das wird im Postulat nicht präzisiert. Unterdessen wurde den Stadtratsmitgliedern ein Nachtrag mit Beispielen zugestellt. Diese decken sich aber nicht unbedingt mit den Forderungen des Postulats. Ich kann mir aber vorstellen, dass in der Stadt solche Wände, wie sie den Postulanten nun offenbar vorschweben, existieren. Sicher würden sich auch geeignete Kunstschaaffende finden. Ich würde die Idee einfach nicht institutionalisieren. In den letzten vier Jahren gab es keine einzige entsprechende Anfrage von Kunstschaaffenden. Ich stelle also keine Nachfrage fest. Auf Anfrage würde die Stadt aber sicher geeignete Wände finden. Die Forderungen des Postulats nehmen der Idee aber ihre Spontaneität. Dies die Überlegungen des Gemeinderats, weshalb das Postulat abgeschrieben werden sollte.

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Die Fraktion GLP versteht die Argumentation der Direktorin Bau, Energie und Umwelt. Sie will die Verwaltung nicht unnötig belasten und **zieht deshalb das vorliegende Postulat zurück.** Gleichzeitig haben wir gemerkt, dass der Stadtrat die Idee, graue städtische Wände zur künstlerischen Betätigung freizugeben, mehrheitlich unterstützt. Die Fraktion GLP wird in diesem Sinn eine Motion einreichen.

37. Überparteiliche Interpellation 20160238, Urs Scheuss, Grüne, Dana Augsburger-Brom, SP, Max Wiher, GLP, Ruth Tennenbaum, Passerelle, "AGGLOlac: Wer zahlt die Folgen zu vieler Parkplätze?"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 11)

Die InterpellantInnen sind von der Antwort **nicht befriedigt.**

Scheuss Urs, Grüne: Von der Antwort des Gemeinderates bin ich gar nicht befriedigt, und zwar aus mehreren Gründen. Gleich zu Beginn schreibt der Gemeinderat, die Interpellation deute an, AGGLOlac sei der Grund für die grossen Verkehrsprobleme in der Agglomeration Biel. Ich weiss nicht, wie der Gemeinderat auf diese Interpretation kommt, denn in der Interpellation steht, dass die vorgesehene Parkplatzzahl und der dadurch erzeugte Mehrverkehr zur Überlastung von umliegenden Verkehrsknoten, insbesondere des Guido-Müller-Platzes führt. Das Verkehrsgutachten von AGGLOlac kommt daher zum Schluss, dass Massnahmen auf Ebene des Gesamtverkehrs in der Region Biel zu treffen sind, damit der Mehrverkehr durch AGGLOlac kompensiert und die Knoten nicht überlastet werden. AGGLOlac ist somit nicht die Ursache für die Verkehrsprobleme in der Agglomeration, verschärft oder akzentuiert diese aber in unmittelbarer Nähe zum

Projektperimeter. In der Antwort auf die Frage, welche Massnahmen auf Ebene des Gesamtverkehrs vorgesehen sind, verweist der Gemeinderat auf das "Gesamtmobilitätskonzept Zustand Ostast". Allerdings gibt er nicht an, wo das Dokument zu finden ist. Ich habe es bisher nirgends gefunden, aber die Verwaltung hat es mir zukommen lassen, wofür ich mich bedanke. Hätte der Gemeinderat die Massnahmen in der Interpellationsantwort aufgezählt, hätte ich das Gesamtmobilitätskonzept vielleicht gar nicht gelesen. Es ist aber eine spannende Lektüre. Frau Frank hat sie bereits im Zusammenhang mit den Ladestationen für Elektrovelos erwähnt. Ich empfehle diese Lektüre allen VerkehrspolitikerInnen, weil das Konzept von allen betroffenen Gemeinden getragen wird, was diesem grossen Gewicht verleiht. Das Dokument macht aber auch wichtige Aussagen zu AGGLOlac, die der Gemeinderat nicht erwähnt und im Widerspruch zur aktuellen Planung von AGGLOlac stehen. Auch bei der Debatte um die E-Bike-Ladestationen hatte ich den Eindruck, der Gemeinderat kenne das Gesamtmobilitätskonzept noch nicht, denn dieses empfiehlt explizit solche Stationen. Im Gesamtmobilitätskonzept steht, dass bei neuen Überbauungen (AGGLOlac gehört dazu) die Anzahl Parkplätze gemäss den kantonalen Vorgaben für autoarmes und autofreies Wohnen reduziert werden soll. Das heisst, dass pro Wohnung weniger als 0,5 Parkplätze erstellt werden sollen. Gemäss Raumplanungsbericht und Verkehrsgutachten zu AGGLOlac sollen aber 0,7 Parkplätze pro Wohnung erstellt werden. Nun scheint dieser Unterschied nicht sehr hoch, er hat aber einen Einfluss, denn das Verkehrsgutachten zeigt auch, dass der Guido-Müller-Platz und die umliegenden Verkehrsknoten mit diesen 0,7 Parkplätzen überlastet werden. Bei einem Szenario mit nur 0,5 Parkplätzen pro Wohnung zeigt sich dieses Problem nicht. Etwas ratlos machte mich deshalb der Hinweis in der Beantwortung, es sei ein Irrtum, dass mit einer zusätzlichen Reduktion der Parkplätze eine Überlastung der umliegenden Verkehrsknoten verhindert werden könne. Das Verkehrsgutachten zeigt etwas Anderes... Stimmt das Verkehrsgutachten nicht? Wird es ein neues geben? Immerhin zeigt der Hinweis des Gemeinderates, dass die Situation offenbar schlimmer ist, als bisher angenommen. Dazu sei auf weitere aktuelle Unterlagen zur städtebaulichen Begleitplanung A5-Westast verwiesen, die momentan aufliegen. Dazu kann sich die Öffentlichkeit noch äussern. Darin sind auch Hinweise zur Verkehrsentwicklung nach Eröffnung des Westasts ersichtlich. Das Gesamtmobilitätskonzept bezieht sich ja nur auf den Zustand nach der Eröffnung des Ostasts. In den Unterlagen zum Westast steht, der Guido-Müller-Platz werde auch nach dessen Eröffnung übermässig beansprucht. Mit dem Westast werden also keine Probleme gelöst, sie verändern sich einfach. Dabei stehen die vielen Parkplätze im Gebiet AGGLOlac wirklich quer in der Landschaft. Es ist absurd: da werden ohne Not Probleme geschaffen, die dann mit viel Aufwand wieder behoben werden müssen. Damit komme ich zur Hauptfrage der vorliegenden Interpellation: wer zahlt die Folgen zu vieler Parkplätze? Die Antwort des Gemeinderats ist klar: diese Kosten hat die Allgemeinheit zu tragen, nicht die Verursachenden. Seine Begründung lautet, es wäre nicht gerechtfertigt, nur vom Investor einen Beitrag an die Massnahmen zu verlangen, denn andernfalls müssten alle privaten Investoren einen Beitrag an die durch die Entwicklung neuer Standorte verursachten Kosten leisten. Vorliegend würde es aber wie gesagt reichen, einfach die Anzahl Parkplätze bei AGGLOlac zu reduzieren. Übrigens erzielte der Investor letztes Jahr einen Gewinn von fast CHF 160 Mio. Gemäss meiner Partei werden dadurch Gewinne privatisiert und Kosten sozialisiert. Einige finden nun vielleicht, das sei polemisch. Es ist aber sicher nicht polemischer als der Gemeinderat in seiner Antwort, wenn er sagt, AGGLOlac könne sich nur an eine ultraurbane Bevölkerungsschicht richten, die vollständig auf

Motorfahrzeugeigentum verzichte. Darum geht es gar nicht. Es sollen ja nicht keine Parkplätze erstellt werden, aber die Anzahl Parkplätze sollte die ohnehin bereits vorhandenen Verkehrsprobleme nicht noch verschärfen. AGGLOlac soll nicht Teil des Problems, sondern Teil der Lösung sein. Der Gemeinderat geht aber noch weiter, indem er andeutet, dass AGGLOlac ohne die zu vielen Parkplätze gar nicht realisiert werden könnte, was für die Verkehrsentwicklung noch gravierendere Folgen hätte. Zwar ist es sicher richtig, dass es für die Verkehrsentwicklung relevant ist, wo Wohnungen gebaut werden und wie gut sie erschlossen sind. Allerdings ist nicht gesagt, dass die in AGGLOlac vorgesehene Anzahl Wohnungen nicht ebensogut anderswo in Biel oder Nidau realisiert werden könnte. Der Gemeinderat schliesst diese Möglichkeit pauschal aus, wenn er andeutet, dass die Wohnungen diesfalls am Ortsrand oder auf dem Land gebaut würden. Woher nimmt er diese Sicherheit? Insgesamt kann ich nicht verstehen, weshalb der Gemeinderat die zu hohe Anzahl Parkplätze bei AGGLOlac - koste es, was es wolle - derart in Schutz nimmt, während es ja eine Lösung mit weniger Parkplätzen gibt, die zumindest die erkannten Probleme nicht verschärft.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der Gemeinderat findet seine Einleitung in die Beantwortung richtig, weil die Interpellation offenbar davon ausgeht, dass AGGLOlac für Verkehrsprobleme mitverantwortlich ist. Dass es ohnehin Verkehrsprobleme gibt und AGGLOlac diese akzentuiert, wird nicht bestritten. Dies ist aber kein Grund, auf AGGLOlac zu verzichten, denn dieser Standort ist hervorragend erschlossen und eine Überbauung macht dort viel mehr Sinn als an den Siedlungsrändern. Mir ist nicht klar, an welchem anderen Standort, sei es in Biel oder in Nidau, ein Quartier mit dieser Dichte realisiert werden könnte. Wenn Herr Scheuss immer wieder betont, es seien zu viele Parkplätze vorgesehen, muss ich darauf hinweisen, dass deren Anzahl bereits mit der heutigen Planung deutlich unter der vom Kanton her zulässigen ist. Gemäss Art. 50 Abs. 1 der kantonalen Bauverordnung (BSG 721.1) entscheiden die Bauwilligen über die zu realisierenden Parkplätze innerhalb einer Bandbreite. Für die heute geplante, schon recht tiefe Anzahl Parkplätze brauchte es bereits sehr viel Überzeugungsarbeit. Übrigens sind sich auch Biel und Nidau nicht ganz einig bezüglich Anzahl Parkplätze im Perimeter AGGLOlac, weshalb ein weiterer Optimierungsprozess ansteht. So kann zwar festgestellt werden, dass es noch Widersprüche gibt, als Kritik ist diese Aussage aber nicht zulässig. Genau an der Behebung dieser Widersprüche und Zielkonflikte wird momentan gearbeitet. Dazu läuft ein anspruchsvoller Prozess, der auch verschiedene kantonale Stellen einbezieht. Soweit möglich, muss das System ins Gleichgewicht gebracht werden. Der gute Wille ist dafür allseits vorhanden. 0,7 Parkplätze pro Wohnung sind bereits relativ wenig. Ein Kriterium für das Projekt AGGLOlac ist, dass es schlussendlich wirtschaftlich rentabel ist. Auch das ist keine Schandtat. Die nun laufende Optimierung umfasst Fördermassnahmen für den Langsamverkehr, den öffentlichen Verkehr und Lenkungsmassnahmen. Nicht verstehen kann ich die Kritik, es würden ohne Not Probleme geschaffen, die andernorts wieder gelöst werden müssten. Es wird eine Gesamtlösung geben, welche die Situation in der ganzen Agglomeration verbessern soll. Dazu gehört aber auch der Westast. Es muss zu einem Ausgleich zwischen den verschiedenen Quartieren kommen. Verkehrslenkungsmassnahmen können nicht auf das Gemeindegebiet beschränkt werden. Stellen Sie sich vor, an der Gurnigelstrasse würden die Städte Biel und Nidau die für sie jeweils beste Lösung umsetzen. Das würde wohl nicht zusammenpassen. Für gute Lösungen muss immer der gesamte Raum im Auge behalten werden, nicht nur einzelne Quartiere oder

Strassenzüge. Das macht der Gemeinderat und deshalb bin ich ob der Zusammenarbeit mit der Region sehr froh. Das "Gesamtmobilitätskonzept Zustand Ostast" ist insofern eine Erfolgsgeschichte, als alle 17 Agglomerationsgemeinden die verkehrlich flankierenden Massnahmen mitfinanzieren. Erstmals konnte aufgezeigt werden, dass beispielsweise ein Stau am Guido-Müller-Platz nicht nur ein Nidauer oder Bieler Problem ist. Verkehrsplanung ist ein laufender Entwicklungsprozess. Deshalb wäre ich froh, wenn nun nicht einfach versucht würde, AGGLOlac als Sündenbock hinzustellen und die Probleme nur mit diesem Projekt zu lösen. Vielmehr muss an einer langfristigen Lösung weitergearbeitet werden. Herr Scheuss sagte, er könne nicht verstehen, weshalb der Gemeinderat sage, eine weitere Reduktion der Anzahl Parkplätze im Perimeter AGGLOlac führe nicht zwingend zu weniger Verkehr bei den Verkehrsknotenpunkten. Diese Aussage ist so zu verstehen: eine zu tiefe Parkplatzzahl generiert mehr Suchverkehr. Nun muss berechnet werden, welche Anzahl Parkplätze sinnvoll ist, was natürlich nicht ganz einfach ist. Für die Parkplätze im Perimeter AGGLOlac ist eine Doppelbelegung vorgesehen, indem sie beispielsweise tagsüber auch von Personen genutzt werden können, die am See ihre Freizeit verbringen. Dafür braucht es noch kreative Lösungen. Wenn ich aber sehe, was heute mit Smartphones und Apps möglich ist, bin ich zuversichtlich. Natürlich sollen möglichst viele Personen das Quartier AGGLOlac ohne Auto nutzen, da bin ich mit Herrn Scheuss einverstanden. Aber auch in einigen Jahren wird es in der Schweiz nicht verboten sein, Auto zu fahren. Der verbleibende Autoverkehr muss deshalb so mit Parkplätzen bedient werden, dass unnötige Suchfahrten möglichst vermieden werden. Als ich Auto fahren lernte, mussten in Biel lange Suchfahrten in Kauf genommen werden, bis irgendwo ein Parkplatz frei wurde. Heute gibt es konzentrierte Parkieranlagen z.B. beim Bahnhof, bei der Esplanade oder beim Manor. Dort kann das Auto abgestellt und die Stadt in kurzer Gehdistanz erreicht werden, was gut akzeptiert wird. Wie gesagt, führt eine zu knappe Anzahl Parkplätze aber unweigerlich zu Suchverkehr. Ich bin mit Herrn Scheuss einig, dass AGGLOlac ein Teil der Lösung sein soll. Daran wird momentan gearbeitet. Diese Diskussion muss aber dann geführt werden, wenn die Ergebnisse vorliegen.

38. Überparteiliche Interpellation 20160278, Reto Gugger, BDP, Nathan Güntensperger, GLP, "Staatskundeunterricht an den Schulen"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 12)

Die Interpellanten sind von der Antwort **befriedigt**.

Gugger Reto, BDP: Danke für die Beantwortung unserer Fragen. Beim Lesen der ersten Antwort bin ich etwas erschrocken. Die Frage war nämlich, wie viele Staatskunde-Anlässe stattgefunden haben. Die Antwort ist, es hätten keine mit Beteiligung von Bieler PolitikerInnen stattgefunden. Kam stattdessen vielleicht jemand aus Bern oder Zürich? Das ist aber auch nicht der Fall. Wie die Antwort auf Frage 2 zeigt, wurden nämlich gar keine Anlässe durchgeführt. Manchmal will der Gemeinderat Interpellationen einfach etwas zu gut beantworten... Die Antwort auf Frage 3 finde ich bedauerlich, habe aber Verständnis dafür, dass die den PolitikerInnen versprochene Antwort schlussendlich vergessen ging. Ich möchte aber

an den Gemeinderat appellieren, solche Versprechen einzuhalten, auch wenn die Antwort nicht so ausfällt wie gewünscht. Ich bin von der Beantwortung befriedigt.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Je remercie tous les politiciennes et politiciens qui étaient disposé(e) à venir débattre de thèmes divers avec des élèves. Je présente encore mes excuses d'avoir omis, par la suite, de communiquer que le travail n'avait pas pu se poursuivre. J'en tire une leçon: les projets pédagogiques sont d'abord de la responsabilité des écoles et non de la Ville ou du Département de la formation. J'ai entendu qu'aucune manifestation d'instruction civique n'avait eu lieu. Mais, ce n'est pas tout à fait vrai. J'ai appris, que des manifestations avaient été organisées et qu'elles n'ont pas eu recours à cette liste de politiciennes et politiciens. Je crois que l'instruction civique reste une préoccupation importante.

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident: Bevor ich die Sitzung schliesse, hat Herr Baltzer noch eine allgemeine Mitteilung zu machen.

Baltzer Niklaus, SP: Ich möchte darauf hinweisen, dass der Stadtratsweibel den Saal aufräumt, sobald ihn die Stadtratsmitglieder verlassen haben. Wenn nun alle ihren Becher und ihre Flaschen selber wegräumen, hat er viel weniger Arbeit. Besten Dank.

Rindlisbacher Hugo, Stadtratspräsident: Damit schliesse ich die Sitzung. Ich danke für Ihre Mitarbeit und wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt.

39. Neueingänge

| | | |
|-----------------|--|------------|
| 20170053 | Dringliches Postulat Judith Schmid, PdA | DSS |
| | Biel soll sich dem europaweiten Netzwerk von Zufluchtsstädten anschliessen Bienne doit rejoindre le réseau européen des villes-refuges | PRA |
| 20170054 | Interpellation urgente Pascal Bord, PRR | MAI |
| | La votation sur l'appartenance de Moutier laisse-t-elle les autorités biennoises indifférentes ? Ist den Bieler Behörden die Abstimmung über die Zugehörigkeit von Moutier gleichgültig? | |
| 20170055 | Dringliche Interpellation Urs Scheuss, Fraktion Grüne | PRA |
| | Olympische Spiele 2026: Engagement der Stadt Biel Jeux olympiques 2026: engagement de la Ville de Bienne | BKS |
| 20170056 | Interpellation urgente Mohamed Hamdaoui, Groupe PSR | DFI |
| | Des goûts et des couleurs... Über Geschmack lässt sich... | FCS TEE |
| 20170057 | Dringliche Interpellation Susanne Clauss und Anna Tanner, Fraktion SP, Glenda Gonzales, Fraktion PSR | DSS |
| | Teilrevision Sozialhilfegesetz, ausgesetzte Vernehmlassung durch RR Schnegg und die Folgen für die Gemeinde Biel Révision partielle de la loi sur l'aide sociale, procédure de consultation suspendue par le conseiller d'Etat Pierre Alain Schnegg et ses conséquences pour la Ville de Bienne | |
| 20170058 | Postulat Mohamed Hamadouï, Groupe PSR | DFI |
| | Pour une maison des sociétés Für ein Haus der Vereine | TEE FCS |
| 20170059 | Postulat Julien Stocker, GLP | BEU |
| | Abschaffung des chlorbasierten Netzschutzes Suppression de la chloration du réseau d'eau | |
| 20170060 | Postulat Christian Löffel, Fraktion EVP/BDP | DSS |
| | Mehr Sicherheit für Velofahrer durch das Einhalten der geltenden Regeln Sécurité accrue pour les cyclistes grâce au respect des règles en vigueur | |
| 20170061 | Postulat Urs Scheuss, Fraktion Grüne | PRA |
| | Parkplatzpolitik der Stadt Biel Politique de la Ville de Bienne en matière de places de stationnement | BEU DSS |

- | | | |
|-----------------|--|------------|
| 20170062 | Interpellation Myriam Roth, Groupe Les Verts | MAI |
| | Plans de mobilité d'entreprises Mobilitätspläne für Unternehmen | |
| 20170063 | Interpellation Nathan Güntensperger, GLP | FID |
| | Rentabilität der Gastrobetriebe der Stadt Biel? Rentabilité des établissements de restauration de la Ville de Bienne | |
| 20170064 | Interpellation Niklaus Baltzer und Salome Strobel, SP | STK |
| | Romands-Anteil im Stadtrat Proportion de Romands au Conseil de ville | |

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22:55 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:

Rindlisbacher Hugo

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Klemmer Regula

Protokoll:

Meister Katrin

Bouhraoua Samia

Procès-verbal:

Kirchhof Claire-Lise

Bernardino Floriane